

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274.

Donnerstag, den 23. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Geistlichen und die Sozialdemokratie.

Seit jeher waren die Geistlichen beider christlichen Konfessionen, soweit ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie in Betracht kommt, in einer überaus schwierigen Lage. Sie standen stets und stehen noch heute zwischen zwei Einflüssen, die geradezu einander entgegengesetzt sind, und die sie bisher nur schwer zu einer klaren, gefestigten und konsequenten Haltung gegenüber der Sozialdemokratie kommen ließ. Die beiden einander entgegenwirkenden Kräfte sind der ursprüngliche, in der Bibel niedergelegte Gehalt des Christentums, und der Charakter und Geist derjenigen Organisation, in denen das Christentum sich jetzt geschichtlich verkörpert hat, der christlichen Kirchen.

Gewiß haben diejenigen nicht recht, die in dem ursprünglichen Christentum eine reine, nur in religiöse Formen und Formeln gekleidete wirtschaftlich-sozialistische Bewegung sehen wollen. Dem Wissen steht es durchaus fest, daß der Stifter des Christentums, Jesus, seine Apostel und ersten Gemeinden in erster Linie transzendente, das heißt überweltliche Ziele hatten. Ihre inneren Augen waren über alle Dinge dieser für sie äußerst vergänglichem Welt hinaus in „den Himmel“, die „Ewigkeit“, auf Gott gerichtet. In ihm sahen sie die allerbarmernde Liebe, ihren Vater; zu ihm zu kommen war ihre Sehnsucht. Bei ihm, im ewigen Leben selig zu leben, war ihrer Herzen höchste Hoffnung. Die Dinge dieser Welt schrumpften im Vergleich zu diesen ihren Glaubenswerken zu Kleinigkeiten, Nebensachen, Nichtigkeiten zusammen. Aber dieses ihr rein religiöse Lebenszentrum brachte für sie doch, als Konsequenz, eine im Vergleich mit der überlieferten antiken und heidnischen völlig neue Ethik (Sittenlehre) mit sich. Hatten sie alle zusammen einen gemeinsamen Vater im Himmel, waren sie alle seine gleichberechtigten Kinder, alle untereinander Schwestern und Brüder. Eine bedingungslose Bruderverliebe, die keine Grenzen zu kennen hatte, war die praktische Folgerung. Dem himmlischen Vater konnte nur gefallen, zu ihm kommen nur der, der ein Leben in seinem Geiste, ein Leben der Reinheit, der Selbstlosigkeit, der Barmherzigkeit und der Gerechtigkeit nicht bloß mit Worten, sondern auch in der Tat führte. Die Folge von alledem war eine Lebensführung, die tief hinein in kommunistisch sozialistische Lebensbetätigungen führte. Tatsächlich findet man auch nach den Berichten des neuen Testaments in den ersten Christengemeinden Organisationen mit stark sozialistischem Einschlag. Und obwohl diese im Laufe der Geschichte der Kirche alsbald und für immer wieder verschüttet worden sind, so werden ihre Tendenzen doch noch heute in jedem Geistlichen wieder lebendig, so oft er, wozu er täglich verpflichtet ist, die Bibel aufschlägt, die die Quelle seiner religiösen Wirksamkeit ist. Sie müssen um so lebendiger werden in einer Zeit, wo die an Zahl stärkste Klasse der Kulturmenschen, die Arbeiterschaft, eine politische, wirtschaftliche und geistige Bewegung schafft, deren Wesen und Ziel, aus freilich ganz anderen, weil innerweltlichen Wurzeln her, dieselbe kommunistisch-sozialistische Gesellschaftsordnung ist, an die so viel ernsthafteste Anklänge aus dem Heldenzeitalter des Christentums vorhanden sind. So wird jeder ehrlich fühlende Geistliche — und ihrer gibt es wahrlich mehr, als man gemeinlich meint —, zumal wenn er selbst einfacheren Gesellschaftsschichten entstammt, auf Grund jenes hohen, praktischen, sittlichen Geistes im Christentum heute unwillkürlich dem Sozialismus und seiner Verkörperung, der Sozialdemokratie, entgegengetrieben.

Demgegenüber wirkt der Geist der heutigen Kirchen, der katholischen sowohl wie der protestantischen, entgegen. Seit Kaiser Constantin der Große von Rom Anno 325 nach Christi Geburt die damalige christliche Volkskirche zur Staatskirche erklärt hat, hat diese sich alsbald und für immer völlig gewandelt. Sie wurde bald so eng mit dem Staate verknüpft, daß sie schließlich nur als Zwillingbild von ihm erschien. Die Herren im Staate wurden auch Mitherrren der Kirche, die Herren der Kirche Mitherrren der Staaten. Stets war der Staat ein Klassenstaat, und also war schnell seine Zwillingsschwester, die Kirche, eine Klassenkirche, ein Instrument der Herrschenden, um die Massen auch geistlich unter ihrer Herrschaft zu halten und sie so besser ausbeuten zu können. Allerdings hat sich später die ehemals einheitliche Kirche in mehrere Parallelgebilde, die katholische und die protestantische, gespalten. Damit ist zwar die Form der Organisation eine vielfache und verschiedene geworden, ihr inneres Wesen aber hat sich nicht geändert: sowohl die katholische als die protestantische und Klassenkirchen gebildet und immer mehr gewor-

den. Ein geschichtspsychologisches Moment kam dem unterstützend und fördernd zur Hilfe: Die Tatsache nämlich, daß je älter ein Gemeinschaftsorganismus ist, er desto konservierender und konservativer wirkt. Nirgends hat sich dieser Erfahrungssatz so bewahrheitet, wie in den christlichen Kirchen, diesen — so weit ihre Lebensdauer in Betracht kommt — ältesten aller organisierten Gemeinschaften. Sie sind heute die stärksten Stützen zur Erhaltung der Herrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen geworden. Und sie suchen diese Tendenz und ihren Willen auch ununterbrochen, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt, durch ihre Diener, ihre Organe, die Geistlichen, zur Geltung zu bringen. Der Einfluß auf diese von oben her in dieser Richtung zu wirken, ist noch viel größer als jener andere urchristlich-kommunistische, der sie, wie gesagt, in die entgegengesetzte Richtung hineindrängt. So kommt es, daß die Geistlichen, von denen die Mehrzahl wirtschaftlich eigentlich zu den Nichtbesitzenden, ökonomisch Abhängigen gehört, in bezug auf ihre Stellung zur heutigen Sozialdemokratie sich, wie man populär sagt, in einer Zwickmühle befinden; bald werden sie zu ihr, als einer geistig verwandten Kulturbewegung, hin, bald von ihr, als der Bewegung der Beherrschten zur Befreiung derselben, weggedrängt, um sie als eine feindliche unterdrücken zu helfen.

Dazu kommt noch ein anderes, was heute eine klare und unzweideutige Stellungnahme der Geistlichen beider Konfessionen zur Sozialdemokratie erschwert: das ist die Tatsache, daß auch in der Anhängererschaft der Sozialdemokratie sich eine Weltanschauung immer mehr ausbreitet und an Boden gewinnt, die man die moderne naturwissenschaftliche zu nennen pflegt, und die meisten ihrer Anhänger nicht nur von der Kirche, sondern auch von der Religion wegführt. Zwar ist diese Weltanschauung weder in der Sozialdemokratie und durch sie entstanden, noch auch in ihr allein vorhanden; sie wirkt im Bürgertum genau so wie in der Arbeiterklasse. Zwar braucht sie ferner auch gar nicht zu antireligiösen Ergebnissen zu führen, wie ihr vorgeworfen wird, sondern sie vermag ebenso möglicherweise uns sogar zu neutreligiösen Erlebnissen zu führen, — einerlei — nicht zu leugnen ist, daß auch diese neue Weltanschauungs-Revolution, die auch schon weite Kreise der Arbeiterschaft erfaßte, für die Geistlichen die Schwierigkeiten noch erhöht, ein unzweifelhaftes und gerechtes Verhältnis zur Sozialdemokratie für die Dauer zu gewinnen.

Und doch drängt jeder Tag immer mehr auf ein solches hin. Immer stärker schwillt die sozialdemokratische Flut an; in immer mehr Lebensgebiete drängt sie ein; immer tieferen Einfluß gewinnt sie auf sie; immer mehr Menschen zieht sie in ihren Bann, und das sind dieselben, die bisher Glieder der christlichen Gemeinden sind, denen der Geistliche als Verkündiger des Glaubens und als Seelsorger dienen soll und will. Soll er deren Feind sein, die er doch als seine Brüder ansehen soll? Soll ihre sozialistische Sache ihm Kampfsobjekt sein oder nicht? Wie soll er sich aus den so entgegengesetzt auf ihn einwirkenden Einflüssen und Wirnissen heraus retten?

Es gibt auf alle diese Fragen angefaßt der so wider einander auf ihn wirkenden Tendenzen unseres Erachtens nur einen Ausweg, der ihn dauernd rettet, der ihm festen, sicheren Boden unter die Füße bringt, der ihn vor aller Welt und für immer von dem Verdacht der Unehrlichkeit und dem Schein, als wenn er nichts als ein „Schwarzer Gen darm“ sei, befreit. Dieser Ausweg heißt unbedingte, ehrliche Neutralität des Wortes und der Tat in allen wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten dieser von Klassenkämpfen so furchtbar zerrissenen Gegenwart. Der Geistliche, der katholische wie der protestantische, beschränke sich auf die intensive, menschliche, weltoffene Pflege einer edlen, durch keinerlei Selbstsucht entwürdigten Religiosität an den Menschen, die dieser Religiosität bedürfen zu müssen glauben. Es sind freilich nicht mehr alle, wie einst, wo eine starre Intoleranz alle Neugeborenen dazu zwang, sich religiös versorgen zu lassen. Aber es sind noch zahlreiche genug, um den Herren ein großes Arbeitsfeld zu reservieren. Ein Arbeitsfeld, das alsdann durchaus klar abgegrenzt ist! Und diese seine Grenze heißt: völlige Enthaltensamkeit von aller direkten oder auch indirekten, selbst leinsten Teilnahme an den wirtschaftlichen und politischen Streitfragen und Kämpfen dieser Zeit! Das schließt nicht aus, daß auch der Geistliche die Ereignisse der Gegenwart lebhaft verfolgt; aber sie kämen für ihn nur in Betracht, um durch ihre Kenntnis mehr Gewandtheit, Takt und Kraft zu gewinnen, seinen rein religiösen Beruf zu erfüllen, den Menschen, die danach verlangen, einen reinen, geläuterten Gottglauben zu vermitteln.

Freilich würde dies alles noch zu einer Konsequenz für ihn führen: daß er zunächst auf die Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte verzichten müßte, die er ja auch besitzt. Denn eine solche bedeutet stets politische Partei-

nahme. Aber um der besonderen Aufgabe willen, die er sich gestellt, könnte er ruhig diesen Verzicht auf sich nehmen. Tatsächlich geschieht das schon, teilweise kraft öffentlichen Gesetzes. Um ihn nicht in der Ausübung seiner religiösen Aufgabe zu beschränken, ist er bereit von der Pflicht, Geschworener, auch (soweit er katholisch ist) Soldat zu werden. Jedenfalls würde er durch solchen Verzicht mehr gewinnen, als er aufgibt: nämlich eine klare, unverdächtige, vorurteilslose Haltung gegenüber der Sozialdemokratie. Bei den bevorstehenden Wahlen könnte er sie schon, mit großem Erfolg für sich selbst und seine Sache, beweisen. Verschmäht er es, die Bahnen einer solchen, durch die Sache ebenso sehr wie durch alle begleitenden Gesamtlumstände gegebenen und bedingten Neutralität zu wandeln, so schafft er nur neue Feindschaft zwischen sich und der Arbeiterbewegung, die ihn selbst zu Falle bringen muß, die Arbeiterbewegung aber doch nicht aufzuhalten vermag.

Die Reichstagswahl.

Konservative Agitation.

Im 2. Magdeburgischen Wahlkreise Osterburg-Stendal bringen konservative Amts- und Gemeindevorsteher, Gutsbesitzer und Arbeitgeber ein Mittel für den Stimmenfang in Anwendung, das den Reiz der Neuheit nicht entbehrt. Sie lassen Listen anfertigen, in welchen abhängige Wähler unterchristlich sich verpflichten müssen, keinem anderen ihre Stimme zu geben, als dem konservativen Reichstagskandidaten Rittergutsbesitzer und Ökonomierat Hösch. Auf mehrere derartige Feststellungen, die der liberale „Altmarkter“ vornahm, erklärte die konservative Parteileitung, daß derartige Listen nicht in ihrem Auftrage angefertigt worden seien. Inzwischen sind aber diese Listen fast überall in Anwendung gekommen. Der Herr Reichstagskandidat selbst hat seinen Arbeitern 10 Zentner Futtergerste geschenkt. Andere Gutsbesitzer spendeten Butterkuchen und einige versiegten sich sogar zu einer Lohnherhöhung von 50 Pfg. die Woche. Man sieht, wie die Reichstagswahl mitdtätige Regungen in den Herzen konservativer Agrarier auszulösen vermag.

Magistrat und Wahlurnen.

Der Fortschrittliche Wahlverein im Kreise Stralsund-Franzburg-Rügen hatte sich in einer Eingabe an den Bürgermeister und Rat der Stadt Stralsund gewendet, mit dem Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei der künftigen Reichstagswahl in den ländlichen Wahlbezirken, deren Wahlorte auf städtischen oder Klosterbesitz befinden, würdige und das Wahlgeheimnis sichernde Wahlurnen verwandt werden. Darauf ging vom Magistrat die Antwort ein, daß er es ablehne, in dem gewöhnlichen Sinne tätig zu werden, „zumal uns auch die Pachverträge gar nicht einmal die Möglichkeit eines Einflusses auf die Art und Gestalt der zu verwendenden Wahlgefäße gewähren.“

Der Stralsunder Magistrat hat offenbar nicht den Willen, auf Sicherung des Wahlgeheimnisses bedacht zu sein. Daß die Pachverträge nichts über die Beschaffenheit von Wahlurnen enthalten, kann sich jedes Kind denken. Aber dieser Pachverträge bedarf es auch für den beregten Zweck nicht.

Die Partei der Nichtwähler.

Schon so manches nationale Gemüt hat sich über die bei Wahlen nicht abgegebenen Stimmen geirrt und mancher Vorschlag ist aufgetaucht, um die Nichtwähler zu reklamieren. In der „Staatsbürgerzeitung“ gibt nun S. vom Werth eine historische Übersicht über diese Versuche. Er schreibt einleitend: „Wenn man das Wahlgesetz unbeeinträchtigt ließe, besonders den Artikel 29 der Verfassung, so wird es jedem denkenden Menschen klar, daß das Wahleresultat, bei dem fast ein Drittel der Wahlberechtigten fahnenflüchtig wird, den Wahlwillen der Wahlgemeinschaft nicht zum Ausdruck bringt, also im logischen Sinne des Gesetzes das Ergebnis der Wahl fälscht.“ Dann erinnert v. Werth daran, daß bereits im Jahre 1896 der frühere Minister Herrfurth in der „Deutsch. Juristen-Zeitung“ die Notwendigkeit einer Wahlpflicht betont und daß Bismarck den Vorschlag gemacht habe, die herrenlosen Stimmen zu „konfiszieren“, d. h. für die Nichtwähler Abgeordnete zu bestimmen. Andere Wahlrechtskünstler rekonstruierten den Begriff der „stillschweigenden Einwilligung“ und verlangten Regierungskandidaten für die Partei der Nichtwähler.

Die Redaktion der „antifemilischen“ „Staatsbürgerzeitg.“ kam sich aber mit all den Vorschlägen offenbar nicht recht befreundet. Sie hat daher den Artikel v. Werths einem „deutsch-nationalen Politiker“ zur Begutachtung übergeben, der nun dazu bemerkt: „Ob die praktische Handhabung dieser „Mobilmachung der Nichtwähler“ dem deutsch-nationalen Volkswohl zugute käme, das ist eine noch ungetöf-

Frage. Solange keine Garantien geschaffen sind dafür, daß die Regierung die Aufstellung derjenigen Kandidaten, denen sie die „heimgefallenen“ oder „konfiszieren“ oder stillschweigend zugebilligten Stimmen in den Schoß werfen will, in deutsch-national einwandfreier Weise vornimmt — solange bleibt dieser Vorschlag ein zweischneidiges Schwert in der Faust einer autokratischen Regierung. Aus politischen und parlamentarischen Gründen würde ich es lieber sehen, wenn die Verteilung aller Stimmen der Nichtwähler dem Senioren-Konvent des Reichstags zustünde. Denn logischerweise müssen Reichstagsmitglieder von einer Reichstagsverwaltung gebildet werden.“

Der Reichsverband im Kampfe gegen den Reichsverband.

Eine der wunderlichsten Blüten des Wahlkampfes dürfte die Tatsache sein, daß der Reichsverband im Gothaer Ländchen gezwungen ist, sich selbst zu bekämpfen. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Bei den Hottentottenwahlen war es das erste Mal gelungen, alle bürgerlichen Parteien unter einen Hut zu bringen. Sie für die Kandidatur des einzigen in Gotha den „Regenten“ spielenden Prinzen Hohenzollern zu „begegnen“. Der Coup gelang, unser langjähriger Vertreter im Reichstag, Genosse Bock, unterlag. Jetzt steht nun das Spiel wieder ein, Hohenzollern lehnte die Kandidatur ab; es gelang auch nicht, eine allen bürgerlichen Parteien zuzugewandte Person zu finden. Die „vereinigte Liberalen“ stellten in dem national-liberalen Professor Krüger, einen Mann auf, der sowohl für den Zolltarif, wie für die „liberale Wirtschaftspolitik“ eintritt. Das war den Agrariern und Nationalisten aber noch nicht genug. Sie stellten erst einen Amtsgerichtsrat Stoll, der schon seit Monaten mit Reichsverbandshilfe und mit Reichsverbandshilfen arbeitete, und nachdem dieser zurückgetreten, einen andern Kandidaten auf. In der Zwischenzeit wurden aber Einigungsverhandlungen mit den Liberalen gepflogen, in deren Verlauf sich der Leiter der Gothaer Reichsverbandshilfe zur Unterstützung des „liberalen“ Kandidaten verpflichtete. Der Reichsverband muß nun neue Flugblätter schreiben lassen, um die „agrarij-anthemsittlich-reichsverbändlerischen Lügen“ seiner eigenen Flugblätter über die Reichsverbandshilfe, durch die national-liberalen „Wahrheiten“ über eben dieselbe Reichsverbandshilfe zu ersetzen. Und so soll das auch ist — der Reichsverband wird es fertig bringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reaktionärer Witzwack.

Unter dem Namen „Deutschnationaler Wahlverein“ wollen sich in Elsaß-Lothringen sämtliche reaktionären Elemente vom Zentrum bis zu den Rechtsnational-liberalen sammeln. Des scheint ja ein schönes Sammeljurium zu werden.

Die Front der Freisinnigen „gegen rechts und gegen links“.

Die freisinnige „Danziger Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer Abend-Ausgabe vom 20. November folgende Notiz

„Das „Berliner Tageblatt“ läßt fort, dafür Propaganda zu machen, daß bei dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf seitens der Liberalen nur gegen rechts Front gemacht werde. Das ist nach unserem Standpunkt durchaus verkehrt. Die Verhältnisse liegen im Norden und Süden, im Osten und Westen verschieden. Wir in Danzig wenigstens werden kämpfen gegen rechts und gegen links, und, wenn es nötig ist, auch noch mit einer dritten Front, gegen das Zentrum, und alle Parolen des „Berliner Tageblatts“, alle dort vorgetragenen Argumente werden uns von dieser für uns selbstverständlichen Richtschnur nicht abbringen.“

Landtagswahlwahl im fünften Berliner Landtagswahlkreise.

Im fünften Berliner Landtagswahlkreise hat Dienstag für den verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Borgmann eine Erziehungswahl stattgefunden. Gewählt wurde, wie vorauszusetzen war, Genosse Julius Borchardt mit 314 Stimmen. Der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei, Stadtverordneter Goldschmidt, vereinigte nur 166 Stimmen auf sich. 15 Wahlmannsmandate wurden für ungültig erklärt.

Ein Reichstheatergesetz.

Zur Vorbereitung eines Reichstheatergesetzes, das voraussichtlich dem Reichstage im nächsten Jahre zugehen wird, wird im Reichsamt des Innern am 14. Dezember eine Kommission zusammengetreten, in der der Vorentwurf eines Reichstheatergesetzes begutachtet werden soll.

Kritik am Kongoabkommen.

Der Gesamtverband der Deutschen Kolonialgesellschaft hat in seiner Berliner Sitzung am Dienstag eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt:

„Die Deutsche Kolonialgesellschaft spricht ihr Bedauern darüber aus, daß ihre berechtigten Wünsche bei dem Marokko-Kongoabkommen nicht berücksichtigt worden sind. Sie stellt sich aber klar, daß das Abkommen abgeschlossen ist, auf den Boden der Tatsache und spricht nur noch die Erwartung aus, daß die Deutschland zugesicherten Rechte mit allem Nachdruck gewahrt bleiben, und daß wir mit unserem Gebiet den Abgang an einer für große Schiffe dauernd fahrbaren Stelle erreichen.“

Auch die Fortschrittler, die anfangs so hauptsächlich westlicher, haben allmählich Reichsmack an dem Straten, den Herr v. Kiderlen-Wächter jertiert hat. In Frankfurt am Main erklärte dieser Lage der schwäbische Reichshof v. Payer (Volksk.), daß das Abkommen keineswegs so schlecht sei, wie es von denen gemacht worden war, die es nicht gekannt hatten, und wenn auch der Kongo, den wir bekommen, nicht aus lauter Spargelfeldern besteht, und wenn wir auch keinen Grund haben zu jubeln, so gehen wir doch mit Ehren und nicht ohne Nutzen aus der Affäre hervor!“

Osterreich-Ungarn.

Positive sozialdemokratische Arbeit. Der Zeitungsausdruck gegen die Kartells

gerichteten sozialdemokratischen Anträge an und bestellte den Sozialdemokraten Renner zum Referenten. Die österreichische Parlamentsmehrheit scheint denn doch über die Forderung etwas anders zu denken, als die deutsche, die nicht hören und nicht sehen will!

Dänemark.

Wahlen auf der Insel Island. Am 28. Okt., dem „ersten Wintertag“, wie es in dem neuen isländischen Wahlgesetz vom 9. Juli 1909 heißt, fanden auf der im hohen Norden gelegenen Insel Island die Wahlen zu dem Althing statt. Infolge des Unwetters, das in den letzten Wochen auf der entlegenen Insel herrschte, ist erst jetzt das Resultat bekannt geworden. Und es bedeutet einen völligen Umsturz der bisher auf der Insel geführten inneren Politik, indem nämlich die bisherige Mehrzahl der sogenannten Selbständigkeitspartei in eine bedeutungslose Minderheit verwandelt wurde. Auf Is-land bestehen nur zwei Parteien, die Selbständigkeitspartei, die die Insel von Dänemark losreißen will und die Selbstverwaltungspartei, die unter Dänemark bleiben, aber die eigene Verwaltung des Landes durch Isländer verlangt. Tatsächlich ist das Ziel der letzteren Partei erreicht, die Verwaltung und Regierung der Insel liegt vollständig in den Händen der Isländer, das Land hat mit Dänemark nur den König gemeinsam, der zusammen mit dem isländischen Gouverneur den Staatsrat der Insel bildet. Außerdem deckt Dänemark das jährliche Defizit des Stats, andere Beziehungen bestehen nicht zwischen beiden Ländern. Für Dänemark selbst hat der Sieg der Selbstverwaltungspartei weiter keinen Nutzen, als daß es auch in Zukunft die Defizite des inländischen Budgets bezahlen darf; den Vorteil haben die dänischen Kapitalisten, die nun für eine Reihe weiterer Jahre die Ausbeutung des Landes und dessen Schätze ruhig weiter betreiben können, ohne einen noch größeren Einfluß des englischen Kapitals befürchten zu müssen. Unter der bisherigen Mehrheit der Selbständigkeitspartei wurde das dänische Kapital immer mehr zurückgedrängt und das englische nistete sich überall auf der Insel ein. Und das war schließlich auch der Hauptgrund des Sturzes der Selbständigkeitspartei, weil sie sich allzu offensichtlich in die Arme des englischen Kapitals stürzte. Die ganze Wahlbewegung war also nur ein Kampf zweier kapitalistischer Interessengruppen, bei dem diesmal der schwächere Teil siegte, weil er geschickter zu Werke ging. Von diesen Gesichtspunkten aus ist das Wahlergebnis zu betrachten und es wird damit auch verständlich; aber trotz dieses Wahlergebnisses ist der Gedanke an die völlige Selbständigkeit an die Errichtung einer republikanischen Staatsform nicht aufgegeben; im Gegenteil, man hat jetzt nur das kleinere Übel gewählt, um dem Ziele der Gesamtbevölkerung nicht unüberwindliche Hindernisse zu schaffen.

England.

Die Suffragettes machen sich wieder maufig. Sie zogen in London nach einer Versammlung vor das Parlament und veruchten, in dasselbe einzudringen. Als ihnen das verboten wurde, bombardierten sie die Fensterscheiben des Parlamentsgebäudes. 14 der „Heidinnen“ wurden „verschüttet“.

China.

Die Revolutionäre haben jetzt einen schweren Stand dadurch bekommen, daß gegenwärtig eine Fremdenhege einsetzt. In Hianju (Provinz Schansi) wurde der deutsche Postmeister Henne und dessen Familie sowie eine Schulpflichterin und Kinder von Ausländern ermordet. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Führer der Revolution von dieser grauenvollen Tat nichts wissen, so wird man ihnen dieselbe doch in die Schuhe schieben. Die fremden Mächte werden hierin einen Grund zum Einschreiten erblicken.

Suanichikai soll sich nach Meldungen Londoner Blätter gegen die Errichtung der Republik ausgesprochen haben. Nach seiner Meinung seien die konservativen Elemente in China noch verhältnismäßig stark, so daß nach der gewaltsamen Einführung der Republik eine gefährliche Konterrevolution mit jahrelangem Bürgerkriege zu befürchten sei. Suanichikai soll aber für die Entfernung des Hofes aus Peking sein, bis die Verfassungsfrage entschieden ist. Neben der Verfassungsregelung hat Suanichikai auch einen schweren Stand, den finanziellen Nöten der Regierung abzuwehren. Die Provinzstädte, die zur Deckung der an die Mächte zu zahlenden Entschädigungen für die Niederwerfung des Boreraufstandes bestimmt sind, gehen infolge der Revolution nicht mehr ein, und auch die Zahlung der Zinsen für die Staatsanleihen geraten ins Stocken.

Der Raubkrieg.

In einem Stimmungsbild aus Tripolis, das der Korrespondent des „Köln. Volksztg.“ seinem Blatt unter dem Datum des 9. November hat zugehen lassen, heißt es u. a.: „Aber wie steht es draußen aus in den vor kurzem noch so blühenden Palmenhainen und Olivengärten! Der Boden zerstampft und aufgemischt, die Gebäude zertrümmert. Aus den Häusern dringt atembenehmend der Gestank verwesender Leichen. Tausig ragen zertrümmerte Palmbäume in die Luft. Dichtlaubige Drogen- und Olivenbäume sind umgeschlagen, damit sie nicht das Schußfeld decken, überall die Straßen verlegt durch Schützengräben. Datteln und Oliven fallen auf den Bäumen, ebenso Zitronen, während sie hier in der Stadt fehlen. Es ist die Ernte zahlreicher bescheidener Eingeborener, ihre Jahreseinnahme, von der sie zu leben hätten bis zur nächsten Ernte. Am Boden fallen gleichfalls Kürbisse, blaue Gurken, Blumenkohl; Hühner sterben Hungers, während in der Stadt drei Eier mit einem Frank bezahlt werden. Allüberall ist der Befehl verjagt worden, seine Habe nahmen die Soldaten in Beschlag, auf seinem Gut nahmen sie Quartier. Dafür ist die eigentliche Stadt überfüllt mit Dajen-Arabern und deren meist zahlreichen Familien. Draußen in den Laufgräben fragen die übermüdeten, überreizten Soldaten: „Wie lange noch, wie lange?“ Und in der Stadt fordert die Cholera hundertweise Opfer, in jeder Straße begegnet man Leichenzüge. Auf hohen zweirädrigen Karren liegen die Toten ausgepackt, um hinausgeführt zu werden. Die Straßen

sind unbeschreiblich erfüllt von Unrat. Täglich brechen Choleraerkrankte auf den Straßen zusammen, während Typhus die einzelnen Militärlager heim sucht. Was soll daraus werden? Auf den Karawanenplätzen, von wo einst zahlreiche Kamelkarawanen abgingen, haben jetzt ärmliche Familien unsäglich schmutzige Wohnstätten errichtet aus alten Säcken, Schiffsmaten, Palmzweigen. Aus diesen Massenlagern werden allmorgendlich Tote getragen, Opfer der Cholera. Vor wenigen Tagen erst fanden zum Morgenabeb in der großen Moschee kommende Araber achtzig an Cholera Verstorbene darin. Achtzig Menschen an einem Morgen nur in der Moschee — kein Wunder, daß die offizielle Statistik an einem Tage 460 Tote zugeb. Dabei sind die vorhandenen Spitäler überfüllt, Isolierungsbaracken gibt es nicht. Die Stadtbehörden stehen der Lage teilnahmslos gegenüber.“

Vor Tripolis haben wieder einige Scharnigel stattgefunden, bei denen es den Türken gelang, den Italienern einige Positionen abzunehmen. Die Italiener hatten große Verluste. — Italien hat Rußland amtlich verständigt, daß es das Ägäische Meer blockieren werde. Hier wird auch wohl der Wunsch der Vater des Gedankens sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 23. November.

Achtung, Banarbeiter! über die Firma Logner ist bei den Rücksichtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Rabenstraße) wegen Lohn Differenzen die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tariffkommission.

Das Wahlkomitee des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Genosse Paul Löwig, Schriftführer Genosse Ernst Diez. Weiter gehören dem Komitee an: die Genossen W. Bromme, G. Ehlers, F. Mehrlein, P. Bape und die Genossin Schlomer. Das Wahlbureau befindet sich im Parteisekretariat, Johannisstraße 50.

Franz Behrens,

Kandidat der „rechtsstehenden“ Bürger Lübecks, stimmte im Reichstage

für die Erhöhung der Brauener, für die Erhöhung der Branntweinsteuer, für die Branntweinlicbesgabe an die Agrarier, für die Verteuerung von Tee und Kaffee, er stimmte

gegen die sofortige Herabsetzung der Zuckersteuer, gegen die Abschaffung der Fahrkartensteuer, gegen die Entschädigung der Brauereiarbeiter und der Brenneriarbeiter!

Wähler, die nicht ganz und gar mit dem Dummbentel geklopft sind, wird diese kleine Probe der politischen Leistungen des „christlichen“ Franz genügen. Sie werden ihn rechts stehen und links liegen lassen!

Erfüllte Wartezeit oder nicht? Im Oktober 1909 stellte die im Dorf Demern in Mecklenburg-Strelitz wohnhafte landwirtschaftliche Arbeiterin B. bei der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg den Antrag auf Gewährung von Invalidenrente. Sie hatte bis dahin 280 Marken geklebt. Die Landesversicherungsanstalt lehnte den Anspruch ab, mit der Begründung, daß zwar die bestehende Invalidität nicht zu bestreiten sei, diese aber schon seit dem 1. Januar 1908 beendeten habe. Witzig seien die nach dem 1. Januar 1908 verwendeten 86 Marken zu Unrecht geklebt und somit nur 194 Marken in Anrechnung zu bringen. Damit sei die nach § 29 F. V. G. 200 Wochen betragende Wartezeit nicht erfüllt und die Invalidenrente nicht zu gewähren.

Das Arbeitersekretariat in Lübeck, an das sich Frau B. jetzt wandte, legte gegen diesen Bescheid beim Schiedsgericht in Mecklenburg Berufung ein. Es wurde aus-geführt, daß der Zeitpunkt, von welchem ab die Invalidität der Frau B. eingetreten sei, willkürlich um 21 Monate zurückverlegt wäre, offenbar nur zu dem Zweck, um den Anspruch der Klägerin wegen Nichterfüllung der Wartezeit abzumessen. Es wurden der Berufungsschrift noch zwei Bescheinigungen von Arbeitgebern beigelegt, aus denen ersichtlich war, daß Frau B. in den Jahren 1908 und 1909 noch landwirtschaftliche Arbeiten zu dem üblichen Tagelohn von 120 Mk. verrichtete. Das Schiedsgericht faul trotzdem zur Abweisung der Berufung. Es nahm ebenfalls an, die Invalidität bei der Klägerin sei schon am 1. Januar 1908 eingetreten, und deshalb die nach diesem Zeitpunkt verwendeten Marken ungültig. Durch die in den Jahren 1908 und 1909 verrichtete Arbeit habe sie kaum je 100,00 Mk., also weniger als das gesetzliche Drittel verdient. Es fehle auch weiter an dem Nachweis, daß mindestens 100 Marken auf Grund der Versicherungspflicht geleistet wären.

In der gegen dieses Urteil eingelegten Revision an das Reichs-Versicherungsamt wurde nachgewiesen, daß die Klägerin über 14 Jahre bei demselben Arbeitgeber in Beschäftigung gestanden, dieser aber keine Marken für die Klägerin verwendet habe. Erst als sie gelegentlich eines Besuchs in Lübeck, im Jahre 1906, über die Unterlassung des Arbeitgebers durch das Arbeitersekretariat aufgeklärt wurde und dieses den Antrag an die Landes-Versicherungsanstalt stellte, den Arbeitgeber zu veranlassen Marken für zwei Jahre, der gesetzlich zulässig längsten Zeit, nachzuleben, sei dies geschehen. Damit sei der Nachweis von mindestens 100 Marken auf Grund der Versicherungspflicht erbracht und hätte dies das Schiedsgericht aus dem Aktinhalt erkennen müssen. Es wurde weiter bemängelt, daß das Schiedsgericht den beigebrachten Bescheinigungen der Arbeitgeber, über die von der Klägerin in den Jahren 1908 und 1909 geleisteten Arbeiten nicht die genügende Bedeutung beigegeben, auch die angebotene eibliche Vernehmung der Arbeitgeber nicht vorgenommen, sondern sich lediglich den Gründen der Landes-Versicherungsanstalt angeschlossen habe. Das Reichs-Versicherungsamt kam zu der Aufhebung des Urteils und verwies die Sache zur nochmaligen anderweitigen Verhandlung an das Schiedsgericht zurück. Es führte aus, daß Schiedsgericht hätte darüber, ob die Klägerin tatsächlich in den Jahren 1908 und 1909 noch Arbeiten in dem von ihr behaupteten Maße ausgeführt habe, Erhebungen anstellen müssen. Nunmehr ordnete das Schiedsgericht die Vernehmung der angebotenen Zeugen an. Das Ergebnis war derart, daß alles Behauptete als wahr erwiesen angesehen wurde. Zu dem dann später angelegten Termin zur nochmaligen mündlichen Verhandlung wurde die Klägerin persönlich geladen, um sich erneut einer ärztlichen Untersuchung unterziehen zu lassen. Da wir den Zweck einer solchen Untersuchung nicht einsehen konnten, denn die Invalidität an sich stand ja unbestritten fest, hielten wir es für notwendig, die Klägerin zu begleiten, um ihre Sache persönlich zu vertreten. Es gelang uns denn auch erfreulicherweise, das Schiedsge-

richtig zu überzeugen, daß das erste Urteil nicht zu halten sei; es erkannte nunmehr den Anspruch der Klägerin auf Invalidenrente an und sprach ihr diese vom Oktober 1909 ab zu. Nach zwanzigmonatlichem Streite war es somit dem Sekretariat gelungen, der Frau B. die ihr zustehende Invalidenrente zu erkämpfen. Öffentlich bleibt sie noch recht lange im Genuße derselben.

Adressierung von Postsendungen. Nach den Bestimmungen der Postordnung sind auf den nach großen Orten gerichteten Sendungen auch die Straße und die Hausnummer anzugeben; beim Fehlen dieser Angabe besteht keine Gewähr für unaufgehaltene Zustellung der Sendungen. Bei dem bedeutenden Umfange, den der Briefverkehr in Berlin und Hamburg angenommen hat, und bei der Schnelligkeit, mit der die Verteilung der von auswärts eingehenden Briefsendungen auf die einzelnen Bestellämter stattfinden muß, liegt es im Interesse des Absenders, den Empfänger der Sendungen so genau zu bezeichnen, daß auch über die Postanstalt, von der aus sie dem Adressaten übermittelt werden, kein Zweifel bestehen kann. Zu diesem Zweck ist es durchaus erforderlich, in der Aufschrift der nach Berlin und Hamburg gerichteten Briefsendungen neben der genauen Angabe der Wohnung nach Straße, Hausnummer, Gebäude- und Stockwerk auch die Nummer des Postamts, von dem die Sendung bestellt oder abgeholt wird — bei Briefen nach Berlin auch den Postbezirk (C, W, NW usw.) — deutlich und zutreffend anzugeben, zum Beispiel Berlin NW 52, Mathenowerstraße 17 III; Hamburg 25, Bürgerweide 53, Hinterhaus 7 II. Diese Angaben sind auch bei Briefsendungen an Behörden, Firmen usw. notwendig. Bei Sendungen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, besteht keine Gewähr für deren rechtzeitige Bestimmung. Es empfiehlt sich daher, daß die Hamburger Briefempfänger dauernd auf eine vollständige Adressierung der an sie gerichteten Sendungen hinwirken und zu diesem Zweck am Kopf der von ihnen ausgehenden Schreiben der Ortsangabe die Nummer der Bestellkostenkarte zusetzen und darunter Straße, Hausnummer usw. angeben.

Stromversorgung des Fürstentums Lübeck von der Lübecker Überlandzentrale. Wie verlautet, sind nunmehr auch aus der Stadt Gütin die Anmeldungen eingelaufen. Das Ergebnis ist ebenso wie dasjenige des Landbezirks sehr günstig ausgefallen. Aus der Stadt Gütin sind angemeldet: 1488 Glühlampen, 25 Bogenlampen, 31 Motore mit 59,5 PS. Die gesamten Anmeldungen des Fürstentums umfassen 17409 Glühlampen, 177 Bogenlampen, 589 Motore mit 4667 PS. Das große Projekt nebst Betriebskostenberechnung befindet sich in Arbeit und wird in Kürze zur Vorlage kommen. Der Anschluß des Fürstentums an die bereits fertiggestellte Fernleitung nach Oldenburg, voraussichtlich in der Nähe von Glesendorf, wird ohne große Schwierigkeiten geschehen. Es steht zu erwarten, daß bereits im Sommer kommenden Jahres mit der Stromlieferung begonnen werden kann.

In das Handelsregister ist am 21. November 1911 eingetragen bei der Firma Pauline Karstadt Carl Karstadt Wwe. in Lübeck; Nehiger Inhaber: Max Karl Adolf Janicke, Kaufmann in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann Janicke ausgeführt.

ph. Fahrtrahndiebstahl. Am Dienstag, dem 21. Novbr., ist in Oldesloe ein Fahrrad, Marke „Tornado“, mit Freilauf und Rücktrittbremse, schwarzem lackierten Gestell, gelben Felgen und nach unten gebogener Lenkstange gestohlen worden.

ph. Ein „fliegender Holländer“ gestohlen. Im Laufe des gestrigen Tages ist aus einem Hause der Dreiten Straße ein Kindereselsfahrer „fliegender Holländer“ gestohlen worden. Derselbe ist einstufig, sehr leicht und mit Gummirifen versehen, am Sitz befindet sich eine Blechplatte mit der Bezeichnung C. Bliesack Ww.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Freitag kommt Georg Karnos Operette „Das Musikantenmädel“ zur Wiederholung. — Samstagabend geht Offenbachs phantastische Oper „Dorffmanns Erzählungen“ nochmals in Szene. — Die Proben zu dem Musikdrama „Tosca“ von G. Puccini, welches am Sonntag hier seine erste Aufführung erlebt, sind in vollem Gange.

Schwartan. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen — Freitag — von 5—8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, „Gasthof Transvaal“, statt.

Ratkau. Eine sehr gut besuchte Volksversammlung fand hier gestern Abend im Lokale der Frau Witwe Kopp statt. Genosse Stelling-Lübeck sprach über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Versammlung nahm einen sehr guten Verlauf. — Am Nachmittag ging eine Versammlung in Offenholz im Hause des Herrn Böhlis voran, die gleichfalls sehr gut besucht war. Auch in dieser Versammlung sprach Genosse Stelling.

Stoßelsdorf. Eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet

heute Abend (Donnerstag) 8 1/2 Uhr bei Paetau statt. Pflicht der Genossinnen ist, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Gütin. Das Ministerium hat bezüglich des neuen Wegegesezes sich mit der vom Provinzialrat beschlossenen Fassung einverstanden erklärt und wird nun auch das Gesetz in dieser Form dem Landtage zugehen lassen und es vertreten.

Grevesmühlen. Ein Landgericht gegen das Gesinde-Prügelrecht. Obwohl durch das Bürgerliche Gesetzbuch das Gesindeprügelrecht formell beseitigt ist, wird bekanntlich von den Dienstherrn brav weitergeprügelt. Die ländlichen und städtischen Herrschaften werden in ihrem Tun bestärkt durch zahlreiche Gerichtsurteile, die den prügelnden Arbeitgebern „Notwehr“ gegenüber den mißhandelten Dienstherrn zugeschieben. Neunundneunzig Prozent der Fälle verlaufen so. Der Dienstherr prügelt einen Dienstherrn; dieser entläßt aus dem Dienst. Der Prügeldienstherr erstattet bei der Polizeibehörde Strafanzeige wegen Kontraktbruchs. Hinter dem Dienstherrn wird ein Strafbefehl hergeschickt und das Schöffengericht bestätigt diesen, nachdem es den Prügeldienstherrn als Kronzeugen vernommen hatte. Von dieser Gerichtspraxis hebt sich umso mehr ein Strafkammerurteil ab, das den Kontraktbruch eines Dienstherrn, der vom Dienstherrn mißhandelt wurde, für straffrei, mithin für berechtigt erklärt. Der Knecht D., bedienstet bei dem Pächter Vabé bei Grevesmühlen in Mecklenburg, hatte eines Tages laut geschimpft, weil er seinen Nachmittagskaffee mit Brot nicht erhalten hatte. Der Dienstherr stellte ihn in seiner Schlafkammer deshalb zur Rede, wobei es zu einer Auseinandersetzung kam. In deren Verlauf faßte der Pächter den Knecht am Hals, schlug ihn mit der Hand mehrmals ins Gesicht, sodaß der Knecht am Kinn blutete, und stieß ihn schließlich an die Wand. Der Knecht arbeitete noch zwei Tage und verließ am dritten Tage die Arbeitsstelle. Auf Antrag des Gutspächters bestrafte das Amt den Knecht mit zehn Mark. Die Strafe wurde vom Schöffengericht Grevesmühlen selbstverständlich bestätigt. Zu einem anderen Urteil kam dieser Tage die Strafkammer des Landgerichts in Schwerin. Das Gericht stellte fest, daß eine Mißhandlung vorlag, zu welcher der Dienstherr nicht berechtigt sei, und die somit dem Knecht das Recht gäbe, den Dienst ohne Kündigung zu verlassen. Daß dieser erst nach drei Tagen hiervon Gebrauch gemacht, finde seine Begründung in einer Bestimmung der mecklenburgischen Gerichtsordnung, wonach ein mißhandelter Dienstherr innerhalb einer vollen Woche noch berechtigt sei, den Dienst ohne Kündigung zu verlassen. Der angeklagte Knecht, dem seine Organisation einen Verteidiger zur Seite gestellt hatte, wurde daher freigesprochen, und ihm der Gehalt seiner Zulagen aus der Staatskasse zugewilligt. Durch das freisprechende Urteil ist es dem Knecht nun auch möglich geworden, auf dem Weg des Zivilprozesses mit Erfolg seinen rückständigen Lohn herauszuholen, den sonst im anderen Falle der Prügeldienstherr auf dem gewöhnlichen Wege als „Schadenersatz“ für den Kontraktbruch einhalten hätte.

Hamburg. Der Streik auf der Mälzerei-Aktiengesellschaft ist nach vierwöchiger Dauer nunmehr beendet. Nach mehrmaligem Unterhandeln wurde mit dem Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter ein für drei Jahre geltender Tarifvertrag abgeschlossen, wodurch die Wochenlöhne durchweg um 3 bis 4 Mk. erhöht werden. Außer einem alljährlichen Urlaub mit Lohnzahlung von 3 bis 6 Tagen wurden noch die Vergünstigungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches von der Firma anerkannt. Die Streikenden nahmen am Dienstag die Arbeit wieder auf und damit ist auch die verhängte Sperre wieder aufgehoben.

Flensburg. Freisinnige Schachpolitik. Anlässlich der letzten preussischen Landtagswahl wurde zwischen dem Flensburger Freisinn und dem Kreisverein des Bundes der Landwirte ein Vertrag abgeschlossen, nach dem sich beide zu gegenseitiger Stimmhilfe verpflichteten. Die Bündler taten auch redlich ihre Pflicht, indem sie dem Freisinn zu dem Landtagsmandat verholfen. Der abgeschlossene Vertrag hat aber auch Gültigkeit für die bevorstehende Reichstagswahl im zweiten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis. Es läßt sich vorläufig schwer feststellen, wer von den beiden Vertragskontrahenten die beste Aussicht hat, mit unserem Genossen in die Stichwahl zu kommen. Beide versuchen sich gegenseitig in der Stichwahl herauszubringen und bekämpfen sich in der schärfsten Weise. Der Freisinn muß aber selbst davon überzeugt sein, daß seine Sache nicht so gut steht, denn er verliert, hinter dem Rücken seines Vertragsfreundes mit den Nationalliberalen anzubünden. Wie nämlich durch die Indiskretion eines Führers der Nationalliberalen bekannt wurde, ist die Leitung des Freisinn an die Nationalliberalen herangetreten mit dem Ersuchen, dem Fortschritt das Reichstagsmandat im zweiten Kreise zu sichern; sie wären dann bereit, den Nationalliberalen das Landtagsmandat zu überlassen. Der Landtagsabgeordnete Dr. Duns würde in dem Fall sofort sein Landtagsmandat niederlegen. Diese Handlungsweise charakterisiert den Flensburger Freisinn. Das Mandat des Freisinn ist mißglückt; die Nationalliberalen lernen ab und die Freisinnigen werden wahrscheinlich nun nicht in die

Stichwahl kommen und außerdem auch bei der nächsten Gelegenheit ihr Landtagsmandat, das sie den Bündlern danken, verlieren.

Sternberg. Junggesellensteuer in Mecklenburg. Der Landtag nahm Montag bei Beratung des Steuerentwurfes den Antrag auf Einführung einer Junggesellensteuer an. Es sollen unverheiratete, über dreißig Jahre alte Männer um 25 Prozent höhere Steuern als Verheiratete zahlen, wenn sie nicht für Familienangehörige, die mit ihnen zusammen wohnen, gesetzlich zu sorgen haben.

Lehmwerder. Sozialdemokratischer Wahlkreis. Bei der am 18. November stattgefundenen Gemeinderatswahl siegte die Liste des sozialdemokratischen Wahlkreises mit 83 gegen 51 Stimmen. Bei der Landtagswahl wurden abgegeben: 154 fortschrittliche, 124 sozialdemokratische und 31 agrarische Stimmen.

Oldenburg. 600000 Mark für ein evangelisches Lehrerseminar. Die Staatsregierung beantragt die Errichtung eines zweiten evangelischen Lehrerseminars in Varel. Die Gesamtkosten dürften ungefähr 600000 Mark betragen.

Stade. Ein verurteilter Sittenverbrecher. Nach zehntägiger Verhandlung wurde der Schauspieler Abraham Löwenburg vom hiesigen Schwurgericht wegen Mordtats und Mordversuch an einem dreizehnjährigen Schulmädchen zu dreizehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Löwenburg hatte das Mädchen im Mai dieses Jahres in die Waldungen bei Harburg verschleppt und dort ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Als das Mädchen um Hilfe schrie, schleppte er es auf eine Anhöhe und stieß es von da hinunter. Dann bedeckte er das Mädchen mit Sand. Die Kleine erholte sich jedoch und schleppte sich trotz ihrer Fesselung zu einer menschlichen Wohnung, so daß schon am nächsten Tage das Verbrechen bekannt wurde.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Der Prinz von Homburg“, Schauspiel von Heinrich v. Kleist. Am 21. November waren 100 Jahre vergangen, seitdem am maubunskämten Ufer des Wannesees Heinrich v. Kleist in der Blüte seiner Jahre seinem Leben durch einen Schuß ein Ziel setzte. In einem besonderen Artikel haben wir bereits das Leben und Schaffen Kleists einer eingehenden Würdigung unterzogen. Die Leitung unserer städtischen Bühne beging am Dienstag den Gedenktag durch die Aufführung des Schauspiels „Der Prinz von Homburg“. Man muß daran erinnern, daß es eine Zeit gab, in der man dieses Drama an Hofbühnen nicht aufführen durfte; heute gilt es vielfach als ein patriotisches Werk zur Verherrlichung eines brandenburgischen Kurfürsten und seines Adels. Davon abgesehen ist „Der Prinz von Homburg“ eine Dichtung voll Kraft und Schönheit, gerichtet gegen die schlechte, kurzfristige Staatskunst, die um eines Falles, wo die Empfindung sich verderblich zeigt, zehn andere vergibt im Lauf der Dinge, da die Empfindung einzig retten kann. Die Wiedergabe, welche der „Prinz von Homburg“ an unserer Bühne erfährt, verdient hohes Lob; sie war frisch und lebendig. Herr Schürer spielte den Prinzen sehr temperamentvoll. Solche Rollen, wie der Kurfürst es ist, liegen Herrn Brunow besonders gut. Er war charakteristisch in Maske und Darstellung. Von den übrigen Mitwirkenden seien besonders erwähnt Fr. Wulke als anmutig-zarte Natalie sowie Herr Hoff als Hohenzoller. Dem alten Kottwitz des Herrn Nowak wäre etwas mehr Haltung zu wünschen gewesen. Im übrigen ist zu bemängeln, daß verschiedene Künstler zu schnell sprachen und dadurch unverständlich wurden. Die Vorstellung erzielte lebhaften Beifall. P. L.

Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 21. Novbr. Auftrieb 7450 Schweine. Handel mäßig rege. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter Nebensiehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 58.— bis 59.— (46,50 bis 47,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 57.— bis 58.— (45,50 bis 46,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 47,50 bis 59,00 (45.— bis 46.— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 57,00 bis 58,00 (44,50 bis 45,00 Mk.).

Briefkasten.

Ratkau. 1. Die Versammlung in Tschau findet am 10. Dezember statt. 2. Das Wahlrecht zum oldenburgischen Landtage kann nur in Person ausgeübt werden; Stellvertretung oder Bevollmächtigung ist also unzulässig.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwaab. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.: Lederhosen . . . 2.20—6.45 Mäurerhosen . . . 2.60—6.75 Schlofferhosen . . . 1.88—5.25 Abziehhosen . . . 1.08—2.35 Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25 Leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kasin, Hemden, Schlachterjacken, Kriseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Subcam.

Hasenelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs etc. sowie Pferdehaare kauft zu höchsten Tagespreisen **D. Wagner, Poststraße 8.**

Eine Partie **Landspeck Pfund nur 70 Pfg.** **Theod. Storm Nachf.** Königstraße 98.

Bei diesen teureren Zeiten

beachte man, dass die in Qualität unerreichte allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine

Palmato

ein vorzüglicher Ersatz für Molkereibutter ist und nur halb so viel kostet. Einzig haltbare Nussbutter, leicht verdaulich und bekömmlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Sozialdemokratischer Verein.
Am Montagabend verstarb unser
treues Mitglied
Heinrich Bahr
(Eberbrook 10,6)
im 46. Lebensjahre.
Seine letzten Stunden
Gehre seinem Andenken!
Die Genossen sammelten sich zur
Beerdigung am Freitag nachmittag
2 Uhr im „Weißen Hirs“, Krem-
pelshorfer Allee.
Der Vorstand.
Für die vielen Gratulationen und
Geschenke zu unserer silbernen Hoch-
zeit sagen wir unsern besten Dank.
K. Stimpel und Frau,
geb. Peters.
Gesucht zu Ostern für meine
Bäckerei und Konditorei
ein Lehrling.
G. Dose, Engelsharke 54.
Große Zigarrenkisten für Land-
sägerarbeiten billig zu verkaufen
Obertrave 24.
Reelle Polster- u. Tapezierarbeit,
2 engl. Bettst. u. Spritz-Watzen,
1 Divan, 1 Mofette, 2c. Reelle
10jähr. Gar. La. Lohberg 26, I.
Kanarienhähen, große Auswahl
Marktstraße 80.

H. Schreiber, Dentist,
jetzt: Sandstr. 4, I.
1 doppelte 2flammiige Petroleum-
maschine zu verk. Fichtingstr. 35.
Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feithalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 80 Bfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Zahnatelier
Grete Sieggrün
Mühlentstraße 38, I.,
empfiehlt sich in allen vorkommenden
Arbeiten.
Sprechstunden: 9-4 Uhr.
Mittägige Besuche.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
der Zentral-Krankenkasse
Grundstein
am Freitag, dem 24. Novbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quart. 1911.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

HANSA THEATER
Täglich:
De Bière
(Der Geheimnisvolle)
und
das große Programm.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten ungtülig.

Teuerungszulagen
werden nur selten gewährt. Deshalb ist jeder
Haushalt genötigt zu sparen. Wer bei den
jetzigen teuren Butterpreisen seine Zuflucht
zur Margarine nimmt, versuche im eigenen
Interesse unsere wirklich erstklassigen Mar-
garine-Spezialitäten
„Unser Ruhm“
und **„Rowitt“**
sowie die allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine
„Herba“
Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität,
sind nach eigenem Verfahren aus nur besten
Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieb-
lichen Geschmacks und ihrer Bekömmlichkeit
von bester **Meiereibutter**
kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber
wesentlich **billiger.**
Überall erhältlich!
Alleinige Fabrikanten:
Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.

Palmin Palmona
Wo Pflanzöl
Sie kommen nicht so hoch hinauf
In der Gunst des Publikums wie
Palmin (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzen-
Butter-Margarine), die sich jeden Tag mehr ein-
bürgern sowohl als Koch- und Backfett wie auch
als Brotaufstrich. - Das beweisen am besten die
zahllosen Nachahmungen, die gewiß ein be-
redtes Zeugnis ablegen für die vorbild-
liche Qualität unserer Produkte.
H. Schlink & Cie. A.-G.
NB. Palmin leht auch „weich“ (schmalzähnlich) zu haben.

Prima Rindfleisch | Pfund 60 Bfg.
Schweinefleisch | Pfund 65 Bfg.
Bratenstücke | Pfund 65 Bfg.
Johann Möller, 22 Fünfhausen 22.

Holzarbeiter-Verein.
Zahlstelle Lübeck.
Vertrauensmänner-
Versammlung
am Freitag, dem 24. Novbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Es ist Pflicht sämtlicher Ver-
trauensmänner zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
Einladung zum
BALL
der Kornträger-Korporationen
am Donnerstag, 7. Dezember 1911
im Konzerthaus „Flora“
(Max Siems).
Öffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Ende morgens. Eintritt 1 Mark.
Der Vorstand.

Zentral-Hallen
Dankwardtstraße 20.
Heute Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Neues Stadttheater.
Freitag, 24. November. 7 1/2 Uhr.
Dorf-Ab. 60. Freitag-Ab. 10.
Das Musikantenmädel.
Operette von Georg Jarro.
Sonabend, 25. Novemb. 7 1/2 Uhr.
Hoffmanns Erzählungen.
Oper von Jacques Offenbach.
Sonntag, 26. November. 7 1/2 Uhr.
Zum 1. Male!
Tosca.
Musikdrama von G. Puccini.

Bahn Station von Margarete Jendore
nach der ersten Person.
„Siegerin“
„Palma“
„Mohra“
Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Fütin.
K. Quitzau, Schwarzen, Markt 14.
Art. z. Krankenpfll.
König-
str. 38.
F. W. Heyde,
Bäckereien
Paul Baranitzki, Lübeck, Lohberg 29.
Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischer-
grube 47.
H. Jürgens, Warendorferstr. 38.
R. Kasch, Fleischwaren-
22, Fels- u. Weid-
u. Grobbackerei.
W. K. K. K. Fackelb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, West-
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schul-
Lübeckstr. 2.
W. Steinhoff, Travemünde.
Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Lohberg 29. Tel. 1099.
Paulsen 15. Särge
in allen Preislagen.
L. Kraling, Lohberg 29.
C. Thiesen & Sohn,
Wahstr. 2. Über ganz Beerd.
Särge, Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwarzen, Allee 123.
L. Völ, Lager für Särge.
Reesehof, Gr. Lager in
Lübeck, Holz- u. Metall-Särge.
Besohlanstalten
H. Fensch, Gr. Gipsgrube 14.
„Hansa“ J. Dettmann
Berkgrube 51.
L. Jähnel, Warendorferstr. 24.
Fischergrube 7.

Erscheint
dreimal
wöchentlich
Bezugsquellen-Verzeichnis
Brauereien
Elbschloss, A. Hofmann, Hausstr. 75.
Kieler Schloßbräu, D. A. Wulf, Untertrave 56.
Farnspr. 1274.
E. Weiermüller Karthl, Schwarzen-
Allee, Allee No. 30.
Branntier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh, Schlüter-
u. Brauerei.
Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wellbrandt, Rosengarten 19.
Butter-, Käsehdign.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackelb. Allee 91.
H. Philipp, Tagl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüst. 23.
J. Semrau, Hüst.
Cacao, Chokol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüst. 12.
Cigarrenhandlg.
A. Barmester, Lübeck, Fackelb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüst.
Rob. Kieß, Engelsgrube 81.
Paul Karkwardt, Seiditzstr. 12. Ci-
garett, garten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischb. Str. 15.
Paul Thiel, Starstr. 2.
W. Hübner, Fackelb. Allee 34.
Dampfwäsch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäsch- u. Plättanst.
Wäsche-Verleih-Institut, T. 1623.
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche.
W. Höper, Fickelstr. 51.
Hansa, W. Fensch, Fickelstr. 51.
W. Krüger, Weststr. 214. 2c.
W. Krüger, Weststr. 214. 2c.

Drogerien
W. Hohenschütz, Markt. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlentstr. 33.
Julius Vogt, Germania-Drogerie
Hüst., Ecke Königstr.
Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackelb.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath,
Frister & Roßmann - Nähmasch.
Frauz Busse, Wahnstr. 42.
Rich. Israel, Allee 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus, Lübeck, Fackelb.
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
H. Krone, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.
Farben u. Lacke
J. Becker, Domstr. 29.
W. Hohenschütz, Markt. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlentstr. 33.
Fleisch- u. Würst.
Hans Gerds, Elwigsstr. 1a.
H. Aufschmitt, H. Aufschmitt.
Prima Fleisch- u. Würstwaren.
Chr. Glop, Möhlgrube Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb.
Carl Joost, Beckstr. 1104.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
F. Mörck, Kopferschmiedestr. 6/8.
W. Pöhl, Fackelb. Allee 46. Würst-
u. Fleischwaren.
Jul. Schuber, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Völ, Okesloe, Brunnenstr. 2.
L. Völ, Pa. Fleisch- u. Würstwaren.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
Galant-, Spielwar.
C. Bilesath Wwe. Sandstr. 9.
Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwardtstraße.
Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackelb.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Fütin.
Louis Rathmann, Schwarzen.
Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Fütin.
Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am
Platze. Vollendetste Vorführ. lebend-
der, sitzender, sprechender Photogr.
Kolonial-, Fettwar.
Feddler J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Bröde, Dankwardtstr. 37.
Reinh. Bösen, Arnimstr. 12.
Heinr. Franck, Wahnstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Händel, Markt. 44.
D. Lereh, Lg. Lohberg 37.
Ernst Luth, Spilliersstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüst.
H. Lettow, Fütin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwarzen.
J. U. Krüger, Travemünde.

Kurz-Weiss-Wollw.
O. Sinnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
Hamb. Engros-Lager, Schwarzen.
K. Quitzau, Schwarzen, Marktstr. 14.
Möbelmagazine
Hütze & Stech, Mösling Allee 60.
Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin, Mühlentstr. 47.
St. Annenstr. 20.
Wohnungseinrichtg. z. billigen Pr.
Molkereiprodukte
Hansa-Meierei (u. die
Amme Lübeck's Meierei)
von Milchprodukten aller Art.
Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickerl. Vorteilhafte
Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Renschwartau
Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144.
Milch und Molkereiprodukte.
Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spe-
zial-Geschäft,
56 Breitestr. 56.
Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck,
Jul. Pingel, Johannistr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39.
Farnspr. 1037.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudofen
Adolf Borgfeldt,
Farnspr. 672, Mühlentstr. 36 und 40.
Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 83.
Schreibwaren
Aug. Barmester, Lübeck,
M. Maxein Wwe., Moisl, Allee 40a.
Bisa Paulsen, Spez.: Briefmarken.
Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 33. Reparatur.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Fütin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Stahl-, Eisenwaren
Franz Gensmer, Fackelb. Allee 10b.
F. Wichmann, Hüst. 46. So-
langer Stahlwaren.
Tapeten, Linoleum
Carl Benke, Lübeck, Königstr.
48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckerg. 20.
Trikot-, Strumpfw.
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.
Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüst. 71.
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.
Uhren, Goldwaren
August Büttner, Uhrmacher
Hüst. 32.
Willi Westfeling, Holstenstr. 32.
H. Neumann, Schwarzen.
Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüst. 8. T. 1035.
Friedr. Otte, 43, empflcht
Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Arbeiter! Arbeiterfrauen!

„Wäre ich ein reicher Grundbesitzer, wählte ich konservativ.“

„Wäre ich ein reicher Fabrikant, so wählte ich nationalliberal.“

„Wäre ich ein reicher Großhändler oder Öbrflaner, so wählte ich freisinnig.“

„Wäre ich aber ein Arbeiter, so wählte ich ganz selbstverständlich sozialdemokratisch.“

Also schrieb vor Jahren der Amtsrichter v. Köller. Ganz dasselbe läßt sich mit Fug von Beziehungen des Publikums zur Presse sagen. Derart, daß jedermann vor allen Dingen zuerst das Blatt seiner Partei lesen soll. Auch der Arbeiter. Wer seine Weisheit aus den Zeitungsfabriken bezieht, die mit allen Parteien liebäugeln, um alle miteinander zu verraten, wenn damit Geld zu verdienen ist, der wird im ganzen Leben nicht zu einer selbständigen, politischen Überzeugung kommen.

Aber Angehörige der Arbeiterklasse, die anderen Klassen nachlaufen, sind mehr ein Hemmnis der Entwicklung.

Solche Leute nützen dem Staate nichts, sie nützen der Gesellschaft und ihrer eigenen Klasse nichts, sondern schaden allen durch ihre Unzuverlässigkeit. Sie lassen sich von der höchsten Phrase blenden und bei der geringsten Gefahr ergreifen sie das Hasenpanier.

Wodurch ist die Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich zur Bedeutung gelangt? Doch nur durch die Agitation und durch die Organisation. Die Grundlage beider ist die Presse. Ist aber die Presse das wichtigste Mittel, um der Arbeiterschaft zu Macht und Ansehen zu verhelfen, dann wird sie diesen Zweck um so eher voll erreichen, je größer die Zahl ihrer Leser ist.

Jeder Arbeiter nützt sich und den Interessen seiner Familie, insbesondere seiner Kinder, wenn er den „Lübecker Volksboten“ hält. Die paar Pfennige, die er kostet, werden tausendfach aufgewogen dadurch, daß er Volksinteressen vertritt, sie nach jeder Richtung hin und gegen jeden, auch den Mächtigen, energisch verteidigt. Das mögen namentlich die Arbeiterfrauen beachten, von deren Zustimmung das Abonnement vielfach abhängt.

Der „neue Kurs“ und die Vergewaltigung Finnlands.

Der neue russische Premierminister Kokowzew hat sich in den ersten einhalb Monaten seiner Amtstätigkeit den Anschein des verkehrten Bildes zu Sais zu geben gesucht. Des Ratens über den „neuen Kurs“ war in dieser Zeit kein Ende. Die einen, die Pogromisten aus der extremen Rechten waren unzufrieden, daß noch immer keine offizielle Lösung zu Submassakres als Antwort auf das Ultimatum gegen Stolypin gegeben wurden; die andern, die

Nationalisten und Oktoberisten fürchteten, daß die Nationalitätenhege, ihr einziges Programm, unter Kokowzew eine Einbuße erleiden könnte, und ein Teil der Liberalen endlich gab sich schon rosten Träumereien hin, daß der „europäisch gebildete“ Herr Kokowzew den Regierungskurs in das liberale Fahrwasser steuern würde. Die Unklarheit hat mit der Beratung der Finnlandsvorlagen in der Duma, bei denen Kokowzew sein Programm dargestellt hat, ein Ende genommen, und die liberalen Wetterpolitiker stehen wieder wie die betäubten Lohgerber da, denen ihre besten Felle fortgeschwommen sind. Schon bei der Ernennung Kokowzews hatten wir darauf hingewiesen, daß der neue Ministerpräsident, wenn er auch wollte, von der Stolypinischen Politik nicht abweichen würde, da sie keinesfalls ein Ausfluß des Willens dieses oder jenes ministeriellen Handlangers sei, sondern von der Koalition des Großgrundbesitzes und Großkapitals diktiert würde. Diese Politik hat in den letzten Jahren ihren kräftigsten Ausdruck gefunden in den inneren Eroberungszügen gegen die Finnländer, Polen, Juden usw. Und diese chauvinistische Unterdrückungspolitik hat nun auch den offiziellen Segen des neuen Premierministers gefunden.

Zur persönlichen Charakteristik des offiziellen Leiters der russischen Politik genügt es wohl, darauf hinzuweisen, daß er in seiner Eigenschaft als Finanzminister bei den vorjährigen Beratungen der Finnlandsvorlagen in einer besonderen Kommission hervorgehoben hatte, daß die Verwirklichung dieser Vorlagen auf „unüberwindbare Schwierigkeiten“ stoßen würde, und daß die neuen russischen Gejeze keine Handhabe gäben, um die allgemein staatliche Gejezgebung auch auf Finnland auszudehnen. Herr Kokowzew verleugnet nun in der schamlosesten Weise diese Stellungnahme, indem er, unter Berufung auf das vorjährige Gejez betreffend die Ausdehnung der allgemeinen staatlichen Gejezgebung auf Finnland, in der Duma als Verteidiger der neuen Finnlandsvorlagen hervorgetreten ist. Diese Vorlagen, die von der Mehrheit natürlich ohne viel Federlesens angenommen worden sind, betreffen die Erhebung einer Militärkontribution von Finnland und die Gleichberechtigung der russischen Untertanen in Finnland, und sind geeignet, die schwersten Komplikationen in diesem Lande hervorzurufen. Von einer rechtlichen Grundlage ist bei diesen Vorgängen weder ihrer Natur noch ihrer Form nach nicht zu sprechen. Die jeglichen russischen Machthaber benutzen gegen Finnland das Recht des Stärkeren und zertreten bisher bestandene Gejeze und Institutionen mit derselben Gemütsruhe wie der Zar seine Schwüre auf die finnische Verfassung mit Füßen tritt. Man kann nun nicht sagen, daß Kokowzew bei der Verteidigung dieser Vorlagen eine besondere Energie entfaltet hat. Das charakteristischste in seiner Rede war, daß er sich auf den unerschütterlichen Willen des Zaren berief, der das Erdrosselungsgejez vom 30. Juni 1910 um jeden Preis verwirklicht sehen will. Andererseits trat in der ganzen Rede das Bestreben hervor, sich vor den „staats-erhaltenden“, „patriotischen“ Parteien mindestens als ebenbürtiger Nationalist zu zeigen, wie der ins Senats beförderte Stolypin. Mit erhobener Stimme sprach der neue Premierminister von der Stetigkeit der inneren Regierungspolitik, der Stolypin die Wege vorgezeichnet. Diese Worte, die von der gesamten Presse als Programm des neuen Ministers angesehen werden, lösten den brausenden Beifall der Dumamehrheit aus, die nun um die Fortführung des bisherigen Kurles unbesorgt ist. Ein Abgeordneter der Rechten formulierte den Eindruck seiner Partei dahin, Kokowzew habe sein Giro auf den Stolypinischen Wechsel gesetzt, und da die

ursprüngliche Staatsrente ihren Verbindlichkeiten stets prompt nachgekommen sei, könne man auch der Einlösung dieses Wechsels sicher sein. Wir denken, daß es um diesen Wechsel ebenso schlecht bestellt ist, wie um die finanziellen Verbindlichkeiten der russischen Regierung. Die Ereignisse der Revolutionsjahre haben deutlich gezeigt, daß es um die gepriesene Finanzkraft der Zarenregierung gar schlecht bestellt ist, und daß es nur einer starken Volksbewegung bedarf, um diesen löcherigen Koloß zu Boden zu stürzen. Dasselbe Schicksal wird auch den nationallistischen „Wechsel“ ereilen, unter den Herr Kokowzew auf Befehl des Zaren sein Giro gesetzt hat.

Die Vorgeschichte des Marokko-Kongo-Abkommens.

Nach dem soeben festgestellten Bericht der Budgetkommission des Reichstages hat der Staatssekretär des Auswärtigen v. Kiderlen-Wächter in der Sitzung vom 17. November über die Vorgeschichte des deutsch-französischen Abkommens vom 4. November 1911 eingehende Mitteilungen gemacht. Er führte unter anderem aus: Im Jahre 1880, als auf Anregung Englands die Madrider Konferenz stattfand, habe Fürst Bismarck durch einen Immediatbericht an den Kaiser ein Abgehen von dem bisher eingenommenen Standpunkt veranlaßt und die Auffassung vertreten, es könne Deutschland nur erwünscht sein, wenn Frankreich sich in Marokko möglichst festsetze. Im Jahre 1899 habe Chamberlain Teilungsabsichten in bezug auf Marokko gehabt. England sollte Tanger, Deutschland einen Hafen an der atlantischen Küste erhalten. Es sei aber niemals zu formellen Verhandlungen gekommen. Im Jahre 1905 nach der Tangerreise des deutschen Kaisers habe Herr Delcassé einen Versuch einer direkten Verhandlung gemacht, der aber mangels positiver Vorschläge zu einem Ergebnis nicht geführt habe. Dann habe Rouvier wiederum auf offiziellem und auch auf offiziellem Wege dem Wunsche nach einer Verständigung Ausdruck gegeben. Damals sei zum ersten Male das Wort Kongo gefallen. Von unserer Seite seien positive Vorschläge verlangt worden, ohne daß diese zu einem Ergebnis geführt haben. Inzwischen hatten wir uns auf den Standpunkt festgelegt, daß Änderungen in Marokko nur mit Zustimmung der Signatarmächte der Madrider Konferenz erfolgen könnten, um nicht eventuell zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Daher habe Fürst Bülow nicht weiter auf die französischen Verständigungswünsche eingehen können, die niemals von positiven Vorschlägen begleitet gewesen seien. Pichon habe niemals einen Vorschlag gemacht. Inzwischen sei es zur Algeirasakte gekommen. Ungeachtet der beiden sei der Einfluß Frankreichs in Marokko aber ständig gewachsen. Der Sultan habe nicht mehr die Macht gehabt, Ordnung zu halten. Einen ersten Anlaß zu weiterem Vordringen hätten die Vorgänge in Casablanca geboten. Dort seien Europäer, darunter Franzosen, bei einer von der Algeiriskonferenz genehmigten Arbeit ermordet worden. Frankreich habe infolgedessen die bekannten Maßnahmen ergriffen und hieron den Algeirasmächten Mitteilung gemacht. Es habe hierbei betont, daß es sich nur um eine Sicherstellung seiner Staatsangehörigen handle. Sobald diese erfolgt wäre, würden die Maßnahmen wieder aufgehoben werden. Dem habe man nicht widersprechen können. Langsam aber sicher habe sich dann die französische Macht wie ein Blafleck in der Sahara ausgebreitet. Daraufhin einen Pro-

Seebären.

Erzählung von Gustaf Janson.
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(Nachdruck verboten.)
In einer Straßenecke hatte sich eine größere Menschenmenge zusammengefunden, um einer Prügelei zuzusehen.
In einem Krug waren sich einige Gardisten (Berufssoldaten) mit einem Klemnergesellen wegen einer vor kurzem erfolgten Änderung der Uniform in die Haare geraten, erzählte ein redseliger Zuschauer, der sichtbar und hörbar diesem wichtigen und in Stockholm ziemlich häufigen Ereignis sein ungeteiltes Interesse schenkte. Die Gardisten behaupteten, daß die hohen Herren nur experimentierten — „quatschen“, wie sie sich nicht gerade ehrerbietig ausdrückten — und der Klemnergeselle meinte, daß die „Buntröcke“, wie seine weniger gut gewählten Worte fielen, sich man nicht maufsig machen sollten. Sie wären doch samt und sonders dieselbe Couleur und täten für keinen Dreiling Nutzen, und demnach...
Noch mehr zu äußern, war ihm nicht vergönnt. Eine Gardistenfaust verschloß ihm urplötzlich den Mund, und ein Gardistenfuß praktizierte ihn ziemlich rücksichtslos ins Freie. Da unsere Gesellschaft sich Militär leistet, ist es auch nicht zu viel verlangt, daß dieses die Uniform verteidigt — mit und ohne Aenderung.
Der Klemnergeselle war indessen alles andere als zufrieden mit seiner Behandlung. Er erhob sich aus dem Ring, in den er gefallen, und stürzte auf die Gardisten los, die ihm bereitwillig aus der Schenkwirtschaft auf die Straße nachgekommen waren.
Die Schlacht begann augenblicklich. Der Klemnergeselle bedachte nicht, daß die Kriegskunst der Neuzeit überwiegend taktisch ist und der hitzige Mut heutzutage sehr niedrig im Kurs steht. Dank ihrer durchgehends praktischen Ausbildung mußten die Gardisten schon im voraus, daß die Übermacht allezeit den Sieg davonträgt. Sie waren ihrer vier, der Klemnergeselle war allein und unvorsichtig. Sie knutschten den Gegner im Ringstein zusammen, schleuderten ihn mit einigen Fußtritten auf die Trottoirante, um ihn sofort wieder auf das rostige Gitter eines Sienes zu befördern, und führten alle jene Sinnen aus, die sich ein überlegener, schon

vom Anbeginn des Kampfes siegesgewisser Feind gegenüber einem von allen Seiten eingeschlossenen, halbvernichteten Widerpart erlauben darf.
Als sie ihr Programm gewissenhaft abgearbeitet hatten und, offenbar in der Absicht, ihre Geschicklichkeit ins rechte Licht zu setzen, Anstalten machten, die Prügelei wieder von neuem anzufangen, mischte sich plötzlich ein Polizist in die Sache, und mit der Unwissenheit der trotz ihrer Binde klarsehenden Gerechtigkeit, packte er den Klemnergesellen bei einem Fragment seines Rockfrahens und schlepte ihn mit sich fort. Und hier, in den Händen der Polizei, wollen wir den Besiegten lassen, da er weiter nichts mit unserer Erzählung zu tun hat.
Eine Straßenprügelei ist an und für sich nichts Ungeöhnliches, aber eine derartige öffentliche Belustigung findet immer ihr Publikum. Bei dieser Gelegenheit fehlte keineswegs das unermüdliche Kontingent von Laufjungen, die es sich offenbar zur Aufgabe machen, ihren Prinzipalen die Zeit zu stehlen; dazwischen Brauerknechte, Arbeiter, und in gestemmer Entfernung einige Duzend gutgekleidete Herren nebst diesem unbestimmten Gewas, das in den Polizeireferaten der Zeitungen als Frauenpersonen bezeichnet wird. Alle diese verschiedenartigen Elemente hatten, befebt von ihrem gemeinschaftlichen Interesse, einen Ring um den eigentlichen Kampfplatz geschlossen, und jedes Individuum zählte unverhohlen seinen Nachbarn — einerlei, ob ihm diese bekannt waren oder nicht — seine Gedanken über die Chancen der Schlacht mit.
Der Schreiber dieser Geschichte, der mit in dem Ring stand, merkte mit Genugtuung, daß die Sympathien sowohl in Worten wie Gebärden sämtlich auf Seiten des schwächeren Teiles waren, aber ein eigentlicher Vorteil erwuchs diesem leider nicht hieraus. Der Klemnergeselle wurde dadurch nur in seiner Aufmerksamkeit gestört, wenn er sich auf der Reife von oder zum Ringstein befand.
Doch, zwischen diesen hundertundfünfzig Leuten gab es wirklich einen, der sein Mitgefühl durch etwas anderes als bloßes Reden und Kopfschütteln an den Tag legte. Dieser eine lief eilig ab und zu in bedenklicher Nähe der gestalteten Fäuste der Kämpfer, half dem Klemnergesellen zweimal wieder auf die Füße, feuerte ihn mit ermutigendem Zuruf an und schleuderte einen Gardisten, der ihm zu nahe kam, kräftig gegen die nächste Wand. Dieser eine sog während der ganzen Zeit an einer kurzen Holzpeise, aus der Rauch und Wäse flatterten, und fluchte dabei so herzlich und mit

solcher Überzeugung, daß die Laufjungen vor Vergnügen lauteten.
Als der Polizist so unerwartet seinen Schützling angetroffen, wurde er verwirrt, drehte sich im Kreise herum und sah die Umherstehenden erstaunt und fragend an. Aber mit einem Male schlen ihm die Sachlage klar zu werden, er warf die Joppe ab und schrie:
„Kommt man her! Ich laß mich nicht lumpen, wenn einer 'ne Tracht Prügel haben will!“
Es lachten indessen, als ob niemand Lust hatte, dieser ureigennütigen Einladung Folge zu leisten. Die meisten Zuschauer lachten, einige drückten ihre Mißbilligung aus, und die Gardisten verdufteten stillschweigend, als sie merkten, daß die allgemeine Stimmung gegen sie war.
Der kleine Mann — jetzt erst sah ich von meinem Platz unter den Zuschauern, daß er unter Mittelgröße war — sprang zwischen den Leuten herum, fluchte, rauchte und ersuchte schließlich einen Arbeiter, ob er „als Sachverständiger“ seine Armmuskeln befehlen wolle. Dieser hatte nichts Besonderes dagegen, und offenbar fiel die Untersuchung zur vollsten Zufriedenheit aus, denn er nickte bewundernd mit dem Kopfe.
Nach diesen unzusammenhängenden Evolutionen schlug sich der kleine Mann kräftig auf die Knie, stieß mitten in einer Rauchwolke ein lautes „Zuchhei!“ aus, froh wieder in seine Joppe, und ehe ich noch recht wußte, wie es zugegangen, stand er vor mir. Nach meiner übeln oder klugen Gemütsart — ganz wie man's nehmen will — benutzte ich die Gelegenheit und betrachtete ihn von den Schuhen bis zur Hutkrempe.
Ein Paar O-Beine, ein unterlegter Kumpf und eine außergewöhnliche Schulternbreite war das, was mir zuerst in die Augen fiel. Und oben auf diesen starken Schultern lag, ohne den vermittelnden Übergang durch ein so gewöhnliches Ding wie einen Hals, ein vierkantiger Kopf, der dicht mit straffem, schneeweißem Haar bewachsen war. Der kurz gehaltene Bart schloß sich wie ein Rahmen um Rinn und Wangen und ließ die Lippen frei. Die Augen, klein und stahlgrau, sahen treuherzig unter buschigen Brauen hervor, so wie ein Kind in die Welt blickt, die es nur aus Märchen kennt. Der Mund, breit, mit großen fleischigen Lippen, war jetzt energisch geschlossen, und mitten im Gesicht stand ihm „lustig und obstinat“ — so sagte er selbst einmal — ein kleines rundliches Stumpfnäschen. Die Hautfarbe war warm dunkelrot und über der ganzen Erscheinung lag etwas

lest wegen Verletzung der Algeriasakte einzulegen, hätte seine Schwierigkeiten gehabt. Einmal habe der Sultan von Marokko, der natürlich immer bestrebt gewesen sei, Deutschland und Frankreich gegeneinander auszuspielen, sehr erregt bei dem deutschen Konsul in Fez gegen die Belagerung eines bestimmten Dorfes an der Grenze des Schutzbereiches protestiert. Auf deutscher Seite habe man lange überlegt, was zu tun sei. Man hätte ein Ultimatum stellen können. Welchen Eindruck hätte es aber gemacht, wenn der Reichskanzler im Reichstage gesagt hätte: „Die Franzosen haben irgendein rechtliches Dorf an der Grenze der Schutzbereichs mit unaufrichtigem Namen besetzt. Deshalb hat der Kaiser den Krieg erklärt.“ Die Lage für Deutschland sei deshalb schwierig gewesen, weil sie sich allmählich entwickelte und nie zu sagen gewesen sei, gerade mit dieser Maßregel in diesem Moment ist die Algeriasakte verletzt und wir erheben Einspruch. Man sei also zu der Überzeugung gelangt, daß es am klügsten wäre abzuwarten, wie weit die französischen Maßnahmen gehen würden, und bei andauernder Verletzung der Algeriasakte die volle Aktionsfreiheit für uns ebenfalls wieder in Anspruch zu nehmen. Der Zug nach Fez sollte nach ausdrücklicher Erklärung der französischen Regierung ausdrücklich den Zweck haben, die Europäer aus Fez an die Küste zu bringen. Deutschland habe sofort erklärt und dies auch in der Presse bekannt gegeben, daß, falls Frankreich über das angegebene Programm hinausgehe, auch wenn es dies ohne Absicht, lediglich durch die Macht der Umstände gezwungen, wie, wir unsere volle Aktionsfreiheit wieder in Anspruch nehmen. Frankreich habe sich jedoch immer als Mandatar Europas für Wiederherstellung der Ordnung in Marokko geriert und die Behauptung aufrechterhalten, es handle sich um vorübergehende Maßnahmen und die Algeriasakte sei nicht verletzt. Die anderen Mächte, namentlich England, seien geneigt gewesen, der französischen Auffassung beizustimmen. Deutschland habe mit seinem Widerstand allein gestanden. Dabei sei von Deutschland nie auch nur angedeutet worden, daß ein Stück Marokko beansprucht werde. Es sei immer nur verlangt worden, daß Frankreich wegen der Verletzung der Algeriasakte sich mit uns verständige und daß es, da die Verletzung von ihm ausgegangen sei, seinerseits positive Vorschläge machen müsse. Diese Auffassung sei schließlich auch in einer Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Votschafter in Berlin zum Ausdruck gebracht worden und ebenso in einer Unterredung, die zwischen dem Staatssekretär und dem französischen Votschafter in Riffingen stattfand. Dabei sei stets hervorgehoben worden, daß Deutschland Frankreich politisch freie Hand lassen wolle, für sich aber dafür bessere Garantien für die Sunehaltung des Prinzips der offenen Tür in Marokko fordern müsse und außerdem eine Abfindung am kolonialen Gebiet als Entschädigung dafür, daß Frankreich durch die, ohne vorherige Verständigung erzielte Festsetzung in Marokko eine Verletzung der Algeriasakte begangen habe. Der französische Votschafter habe dies zur Kenntnis genommen. Die positiven Vorschläge der französischen Regierung seien aber ausbleiben. Es habe immer nur geheißen, man wolle sich später gern einigen. Dabei habe sich Frankreich immer ungenierter in Marokko festgesetzt. Als nun von deutschen Staatsangehörigen, insbesondere auch aus dem Susgebiet bei Mogador und Agadir Klagen über Bedrückung und Bitten um Schutz gekommen seien, habe man sich auf deutscher Seite geirrt, Frankreich sei keineswegs der Mandatar Europas, komme also keineswegs allein als Schutzmacht in Frage. Wir müssen für uns in gleichem Maße das Recht zum Schutz unserer Untertanen in Anspruch nehmen. Aus diesen Erwägungen heraus sei die Entsendung eines deutschen Schiffes nach Agadir erfolgt. Deutschland habe damit in erster Linie zum Schutz seiner Staatsangehörigen gehandelt, daneben allerdings auch in einer gewissermaßen diplomatischen Handlung dem Vorgehen Frankreichs gegenüber sein eigenes gutes Recht wahren wollen. Niemals aber habe die Absicht bestanden, ein Stück von Marokko zu nehmen. Dies habe der Staatssekretär damals auch einem bekannten Abgeordneten gegenüber ganz deutlich ausgesprochen; leider habe der betreffende Herr es ihm nicht geglaubt. Aber auch den Mächten sei die deutsche Absicht von vornherein klar gelegt worden. Die deutsche

Regierung habe ihren sämtlichen Vertretern bei den Algeriasmächtigen am 30. Juni ein Telegramm geschickt, das die Entsendung des „Panthers“ ankündigt und motiviert. Der Staatssekretär verlas das Telegramm, an dessen Schluß es heißt: „Bitte zunächst Sonnabend mittag unter Hinterlassung Wortlauts als Aide-mémoire dies dorigen Regierung mündlich mitzuteilen.“ An den kaiserlichen Votschafter in London sei gleichzeitig noch eine Instruktion abgegangen, wonach er hervorheben sollte: Obwohl unsere Nachrichten über die Lage der Europäer in Fez nicht mit den französischen übereinstimmend hätten, sei von uns gegen den Marsch der Franzosen nach Fez kein Widerspruch erhoben worden. Es hätte sich indessen allmählich eine Situation herausgebildet, die die Bestimmungen der Algeriasakte illusorisch mache. Bei der durch die Macht der Tatsachen geschaffenen Lage seien wir uns gezwungen, der Bitte einer Reihe namhafter Kaufhäuser nachzukommen und was die Sicherung von Leben und Eigentum deutscher Reichsangehöriger und Schutzgenossen im Süden Marokkos anlangt, selbst in die Hand zu nehmen, bis geordnete Zustände im Lande wiedergekehrt, hätten aber keinesfalls die Absicht, Frankreich wegen seines Vorgehens irgend welche Vorhalte zu machen. Nach Lage der Dinge könne es fraglich erscheinen, ob es Frankreich möglich sein würde, zu dem Status quo von 1906 zurückzukehren. Wir seien daher eventuell bereit, mit Frankreich gemeinsam einen Weg, der auch den Interessen der übrigen Signatarmächte entspreche, zu einer endgültigen Verständigung über die Marokkofrage zu suchen. Dem Wege direkter Verhandlungen dürften sich kaum unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen bei den zwischen uns und Frankreich bestehenden guten Beziehungen.

Der Votschafter antwortete unter dem 1. Juli, daß er mittags den Auftrag in Abwesenheit von Sir Edward Grey bei Sir H. Nicolson ausgeführt habe. Die erwähnte Mitteilung sei also am 1. Juli der englischen Regierung überreicht worden. Die englische Regierung sei danach vor dem Eintreffen des Schiffes über die deutschen Absichten genau informiert worden. Nunmehr hätten die deutsch-französischen Verhandlungen eingeleitet, über die der Staatssekretär sich sehr ausführlich verbreitet.

Der Staatssekretär erörterte schließlich noch die Frage, aus welchen Gründen wir von einer Gebiets-erwerbung in Marokko nichts wissen wollten. Zunächst müsse man bedenken, daß wir uns eine große Last aufgeladen hätten. Der französische Einfluß in Marokko ist sehr stark. Zum mindesten hätte Frankreich von dem benachbarten Algerien aus seinen Einfluß stets in einem Deutschland unangünstigen Sinne geltend machen können. Dann aber hätten sich der Belagerung auch in Marokko selbst eventuell sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt. Man brauche in dieser Beziehung ja nur an die gegenwärtigen Vorgänge in Tripolis zu erinnern. Weiter frage sich auch, was wir mit Marokko anfangen wollten. Marokko werde immer als ein Siedlungsland hingestellt. An deutschen Bauern haben wir selber keinen Überfluß, und man bedenke, mit welchen Schwierigkeiten der deutsche Bauer in Südmarokko zu kämpfen hätte; zunächst mit klimatischen, außerdem aber würden sich Schwierigkeiten aus den Besitzverhältnissen an Grund und Boden ergeben, die äußerst kompliziert seien. Weiter werde hervorgehoben, daß Frankreich Marokko als Rekrutierungsquelle benutzen könne. Es werde von einer „schwarzen Gefahr“ gesprochen. Zunächst aber müsse Frankreich selbst, wenn sich der Gedanke der Schaffung einer afrikanischen Armee verwirklichen ließe, im Falle eines Krieges aller Wahrscheinlichkeit nach immer noch mehr europäische Truppen in Marokko stehen lassen, als es aus der Kolonialarmee nach dem europäischen Kampfbühnen hinüberziehen könnte. Sodann sei es mindestens sehr fraglich, ob die Franzosen in absehbarer Zeit in Marokko die allgemeine Wehrpflicht zur Durchführung bringen können. Höchstwahrscheinlich würde ebenso wie bisher in Algerien zu bedenken bleiben, daß man eine Armee gegen sich selbst schaffe. Endlich werde immer gesagt, die deutsche Montanindustrie würde in 20 bis 30 Jahren nicht mehr genügend Rohmaterial zur Verfügung haben und in Marokko, namentlich im Susgebiete, gäbe es reichliche Erträge. Für

diesen Fall habe man sich entsprechend gestärkt. Die deutsche Politik hat in jeder Beziehung ihr Ziel erreicht, das von vornherein darauf gerichtet war, unter Anerkennung des politischen Einflusses der Franzosen in Marokko bessere Garantien für die offene Tür zu erlangen und für den durch die Verletzung der Algeriasakte begangenen Rechtsbruch Frankreichs uns Kompensationen durch die Abtretung kolonialen Gebietes zu sichern. Man möge auch bedenken, daß die Franzosen uns französisches Gebiet abgetreten haben, während wir nur Rechte aufgaben, die wir mit anderen Mächten teilten. Was die Spanier anbelange, müsse man abwarten, wie die Franzosen sich mit diesen auseinandersetzen würden. Deutschland könne der Entwicklung der Dinge mit großer Ruhe entgegensehen.

An der sich anschließenden Debatte beteiligten sich alle Parteien, von der Sozialdemokratie Genossen Bebel und Ledebour. Eine zweite Rede des Staatssekretärs Ribbentrop-Wächter, die er als Antwort auf verschiedene Anfragen hielt, enthielt keine neuen Momente.

Aus der Partei.

Ein aufgehobenes Urteil. Im April d. J. brachte das „Saalfelder Volksblatt“, eine Korrespondenz aus Waidorf, die die Arbeitsverhältnisse in der Maschinenfabrik des Fabrikanten Otto Hoffen in Wolkershausen kritisierte. Durch diese Kritik fühlte B. sich beleidigt, ließ zum Kadi und hatte die Genugtuung, daß Genosse Redakteur Born vom Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde, obwohl der Wahrheitsbeweis für die betr. Partei erbracht worden war. Gegen dieses Urteil legte Born Berufung ein und erzielte kostenlose Freisprechung.

Der beleidigte Reichsverbandesdozent. Der durch seine maßlosen Angriffe gegen die unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Dittschankenschen bekannte Reichsverbandesdozent Dr. W. Müller fühlte sich durch die Kritik, die die „Preussische Volkswacht“ an einem von ihm im Auftrage des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen Buch geübt hatte, beleidigt. Er hatte Glück damit vor dem Preuss. Schöffengericht. Genosse Dars als Verantwortlicher wurde zu fünfzig Mark Strafe verurteilt. Während der Verhandlung wurde der Verteidiger des Reichsverbandesdozenten, ein Rechtsanwalt Boock-München, der durch einen ungeheuren Zitatenschatz aus der Reichsverbandespresse den „wissenschaftlichen“ Wert des Müller'schen Buches bewiesen wollte, vom Vorsitzenden wiederholt zur Sache und Ordnung gerufen. Sein Antrag, dem Genossen Dars die Kosten für seine Reise von München nach Breslau aufzuerlegen, wurde vom Gericht abgelehnt.

Eine auffällige Entscheidung. Fällte der erste Strafsenat des thüringischen Oberlandesgerichts in Jena. Der Landtagsabgeordnete Baudert in Weimar war von einem Gutbesitzer, der sich in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann des Reichsverbandes durch einen Artikel im Thüringer Landboten, Volkskalender für 1911 beleidigt fühlte, verklagt worden. Vor dem Schöffengericht in Buttstädt, sowie vor der Strafkammer in Weimar wurde der volle Beweis der Wahrheit für die in dem betreffenden Artikel angeführten Tatsachen erbracht. In beiden Instanzen erfolgte Freisprechung. Auf die eingelegte Revision des Klägers hat nun der Senat des Oberlandesgerichts der Revision stattgegeben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht nach Weimar zurückverwiesen. Obwohl die angeführten Gründe der Revisionschrift vom Oberlandesgericht als irrig angesehen wurden, erfolgte die Zurückverweisung, damit das Landgericht eine Nachprüfung darüber vornehme, ob in den anderen Artikeln des Kalenders Spitzen enthalten seien, die auf eine Absicht der Beleidigung in dem unter Anklage stehenden Artikel schließen lassen. Der „dulus eventualis“ soll demnach eine Rolle spielen.

Aus der Jugendbewegung.

Halleisches Polizeirecht gegen die Arbeiterjugend. Das Halleische Polizeiregiment, das kürzlich erst ausgegibt den Reichstag beschickte, hat eine gerichtliche Beurteilung erfahren. Der Kommissar Sommer, der vorwiegend Gegenstand der Erörterungen im Reichstage war, hatte den zu Anfang im Volkspark zu Halle abgehaltenen Jugendtag für den Regierungsbezirk Merseburg, wie jetzt gerichtlich festgestellt ist, zu Unrecht für politisch erklärt und mit Gewalt sprengen lassen, weil nach seiner falschen Ansicht der Festredner Genosse Max Peters schon in den ersten Sätzen

Getteres und Herzgewinnendes, etwas Ansehendes, das doch gleichzeitig ein wenig Mitleid erregte, denn man merkte sofort, daß dieser alte Mann im Grunde genommen nichts weiter als ein gutes Kind war.

Erstarrt erwiderte ich, daß der Schlafhut und die Stummheit die Besondere des Ganzen waren, und heute kann ich mir meinen alten Freund nicht mehr ohne dieselben denken.

Aber wir wollen zur Erzählung und zur Trottoirkante, auf der mein Mann stand, zurückkommen.

„Sie hören Sie mal!“ fing er familiär an und steckte seinen rechten Zeigefinger durch ein Knospen meines Überziehers. „Sie haben doch auch gesehen, wie die Geschichte hier anfing, nicht wahr?“

Ein kurzes Nicken ließ verstehen, daß dies ungefähr mit dem wahren Sachverhalt übereinstimmte.

„Na, fing er eifrig wieder an und stampfte mit den Füßen im Rhythmus, daß das Wasser weit herumspritzte, was lagen Sie zu diesem Standal? Sollen sich ordentliche und anständige Bürger, die ihre schmerzlichen Aufgaben auf die Minute bezahlen, wie dumme Jungen behandeln lassen?“

Ich wollte vermutlich einwenden, daß es uns in gewissem Grade erlaubt sei, diese Sache selbst zu bestimmen, und hätte wohl auch hinzugefügt, daß wir hier in unserm Stadteil so sehr derartige Auftritte gewohnt seien, daß sie uns sicher gefehlt haben würden, wenn sie sich nicht ziemlich regelmäßig wiederholten. Aber der kleine Alte kam mir zuvor, er fand es offenbar unerhaltender, seine Frage selbst zu beantworten.

„Hier sitzt einer in aller Seelenruhe und raucht seine Pfeife“, fuhr er ohne eine Sekunde Aufenthalt fort, „und plötschlich aus der Lärm auf der Straße los. Einer will doch auch leben, das Draußen in der Welt passiert, und da laufen sie sich denn immer dicker. Hier Stück gegen einen. Das ist keine Frage gegen einen, erbarmlich feige. Und ein paar Dutzend große, starke Kerls stehen daneben und sehen das ganz gelassen an, daß die vier den andern da verhalten. Das ist das für ne Art und Weise. Er hob sich auf die Lehnen, schüttelte mir die letzten Worte ins Gesicht und es sah aus, als hätte er mich mit einem Fuß getreten, daß ich anfangen sollte, Sorge um den Bestand meines äußeren

Menschen zu machen. „Wenn die Spitze der Reihe nach den andern Jüdinnen durchgewalzt hätten, dann ließ ich mir die Gedächtnisse auch gefallen, meinetwegen, man zu In Bürgel sind wir wohl alle mal gewesen, und das ist auch zuträglich für die Gesundheit, namentlich wenn man nicht mehr ganz jung ist. Aber... aber... was, zum Henker, was es nun, was ich eigentlich sagen wollte? Um... Um so, die Pfeife ist leer. Dann will ich sie erit wieder füllen, wir können neher weiterreden. Es geht besser mit der Unterhaltung wenn man raucht. Finden Sie das nicht auch? Er ließ wirklich meinen Kopf los, um seine Pfeife zu stopfen, und in der Freude über meine unerwartete Befreiung wollte ich mich davonmachen mit einem ebenso rücksichtslosen wie unwahren:

„Entschuldigen Sie, aber ich habe Eile.“

„Ja so, Sie gehen da hinüber.“ meinte er, vollständig unberührt von meinem deutlichen Wink. „Ich hab' denselben Weg. Warten Sie einen Romana, dann gehen wir zusammen.“ Er experimentierte mit der Pfeife, holte Streichhölzer aus seiner linken Tasche hervor, rasierte eins an, tat einige Züge, hütete, spuckte und fing wieder an, wo er eben aufgehört hatte, alles in einem Atemzug. „Was war es man noch, was ich eben sagen wollte? Ach so.“ er schnippte mit den Fingern, ja, wir Schweden sind doch verdammt tüchtige Kerls, nicht wahr? Ja, das mein' ich nun nicht, weil hier eben vier Schweden einen Kumpfergesellen durchgehauen haben, nein, gewiß nicht! Aber doch so... im allgemeinen... nicht wahr?“

Der kleine Mann merkte offenbar mein Erstaunen, denn er beugte sich, statt meiner zu antworten.

„Stiernack frag' ich alle Menschen, die mir in den Weg kommen. Und alle antworten ja, denn es ist die reine Wahrheit. Und wenn sie nicht ja sagen, dann geb' ich ihnen ordentlich einen tüter. Nachher wissen sie, was sich auf solche Frage für Antwort gehört. Er sah mich kampfmüdig von der Seite an; als er aber merkte, daß ich keine Einwendungen machen wollte, kam sein Lächeln wieder und legte sich über das ganze runde Gesicht, und mitten in einem langen Seufzer, der sozusagen eine Parenthese um seinen Satz bildete, meinte er: „Hab' ich nicht recht, nicht wahr?“

„Allerdings...“

Weiter kam ich nicht, denn er unterbrach mich wieder und fuhr mit einem zufriedenen Grinsen fort:

„Ja gewiß, gewiß doch! Einer braucht bloß an unsere Vorfahren zu denken, dann begreift sich das von selbst, nicht wahr? Wir Schweden haben redlich unsere Schuldigkeit in der Welt getan, überall sind wir dabei gewesen, und immer haben wir unsern Mann gehalten. Russen, Deutsche und Polen und alle möglichen Sorten sonst noch haben wir gründlich vernichtet; Hören und Sehen ist ihnen dabei vorgegangen. Und auch heutentags noch lassen wir uns nicht lumpen. Nein, das dürfen Sie nicht glauben.“ Er blieb plötsch auf der Straße stehen und schlug sich zur Befriedigung auf den Bauch — oder vielleicht war es die Brust — wobei seine Augen von innerer Genugtuung strahlten und seine Nase wie eine kleine Feuerbake schien. „Nach welchem Hafen einer auch kommen mag, überall stehen die schwedischen Seeleute am höchsten im Kurs. Und was es auch gilt, arbeiten oder Brügeliten, unsere Meerjaken sind allen andern über. Ich kann davon mitreden, denn ich bin unter der Flagge von allen möglichen Nationen gefahren.“

„Sie sind Seemann? Vermutlich Kapitän?“

„Getroffen, genau getroffen! Hören Sie, ich hab' Ihnen gewiß nicht meinen Namen gesagt? Also nicht? Na, ich heiße Strand, Manne Strand sogar. Seit vierzig Jahren bin ich Kapitän und beinahe fünfundsiebzig Jahre lang hab' ich ein eigenes Schiff geführt, bis letzten Herbst, da hab' ich aufgelegt. Jetzt heißt's also, der letzte Kapitän Ohne'schiff. Sehen Sie, einer wird allmählich alt. Vorigen Monat bin ich zweiundsiebzig geworden.“

Ich machte meine Verbeugung und nannte meinen Namen, als der Kapitän einen Augenblick innehielt, um Atem zu schöpfen.

„Na, um was diskutierte wir man noch?“ unterbrach mich Kapitän Strand, sobald diese, wie sein ungeduldiges, Schultersucken zeigte, nach seiner Meinung überflüssige Zeremonie abgetan war.

„Ich für meinen Teil hab' kaum ein Wort gesagt, wollte ich gerade sagen, beugnete aber im selben Moment dem warmen, treuerzigen Blick des kleinen Mannes, und obgleich ich nicht weiß, was mich dazu brachte, antwortete ich statt dessen:

„Wir sprachen von unserer Nation, so im allgemeinen.“

(Fortsetzung folgt.)

...samer Begrüßungsansprache „politisch“ geredet haben sollte. Der Kommissar ließ die Jugendlichen nicht nur aus dem Saal weisen, sondern hat auch noch zehn Schutzleute in die unpolitische Versammlung hineingerufen und den Festleiter Böttge kurzerhand verhaften lassen. Genosse Peters wurde von drei Schutzleuten am Weitergehen gehindert, von der Rednertribüne herabgezerrt und zur Polizeiwache gebracht. Eine Anzahl Personen wurde außerdem verhaftet, weil sie nach der erfolgten Auflösung der Versammlung nicht schnell genug den Saal verlassen haben sollen. Im Hause des Volksparks wurden dann noch der Vorsitzende des Jugendausschusses, der Geschäftsführer des Volksparks und ein Redakteur des „Volkblattes“ verhaftet. Schließlich räumte die Polizei rücksichtslos das Restaurant und den Garten des Volksparks von den Festgästen, die garrnichts mit dem Jugendtag zu tun hatten. Das Lokal wurde sogar drei Stunden völlig abgesperrt, wodurch der Wirt ein enormer Schaden entstand. Den Verhafteten wurden Strafmandate in Höhe von insgesamt über 500 Mk. auferlegt. Genosse Peters behielt man gar zwei Tage in Haft, und der Redakteur Koenen, der im „Volkblatt“ diese Vorgänge sachlich kritisierte, wurde zu 600 Mk., der höchst zufälligen Geldstrafe, verurteilt. Alle diese ungeheuerlichen Folgen haben nach der Feststellung der Halleischen Strafkammer eine ungefehlige Handlung des Kommissars Sommer zur Ursache. Die Strafkammer hatte sich mit der gegen Peters gerichteten Anklage wegen öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam zu beschäftigen. Genosse Peters sollte die Jugendlichen, nachdem der Kommissar ihre Hinausweisung verfügt hatte, zum Eigenbleiben aufgefordert haben. Vier Zeugen bekundeten aber, daß Peters vielmehr die durch das Verhalten des Kommissars in Erregung geratene Versammlung zur Ruhe gemahnt habe. Bei der Untersuchung der Frage, warum der Kommissar die Rede für politisch hielt, stellte sich heraus, daß in den Polizeinotizen aus einem Liebesviertel das Wort „Freiheit“ und aus Peters Begrüßungsworten zweimal das Wort „Bejahung“ notiert war. Da auch noch von „Knechtschaft“, „Volk“ und „Recht“ die Rede war, hielt der Kommissar die Ansprache für politisch. Nun stellte sich aber vor Gericht heraus, daß Peters als Einleitung seiner Festrede ein Beispiel aus der Bibel verwandte und dabei von der Befreiung des jüdischen Volkes aus ägyptischer Knechtschaft gesprochen hatte. Das hatten die überwachenden Beamten absolut überhört oder nicht begriffen. Genosse Seine in Berlin erklärte als Verteidiger, daß das Verhalten der Beamten an die schmähvolle Zeit der deutschen Demagogerie erinnere. Das Wort „Freiheit“ und „Volk“ fiel, und das genügte zum Vorgehen für die Beamten, die förmlich auf der Lauer lagen, genau so wie man am Abend vorher, an dem sie einen Prolog sich erit zum Durchziehen geben ließen, nichts einwandten, aber als er vorgetragen war, ihn und damit die Veranstaltung für politisch erklärten, weil die Worte „Knechtschaft“ und „Kämpfe“ darin vorkamen. Das Gericht erklärte, daß die Rede des Angeklagten nicht politisch war. Wenn auch die Veranstaltung von sozialdemokratischer Seite getroffen war, so brauchte sie deshalb noch nicht politisch zu sein. Sie hielt sich vielmehr im Rahmen der gesetzlichen Unterhaltung. Die Hinausweisung der Jugendlichen war deshalb zu Unrecht erfolgt, und der Angeklagte sei also, auch wenn er zum Eigenbleiben aufgefordert hätte, freizusprechen. Ob die Halleische Polizei hieraus eine Lehre ziehen wird?

Gewerkschaftsbewegung.

Zur angeordneten Berliner Metallarbeiterausperrung nahmen am Montag zwei überfüllte Metallarbeiterversammlungen Stellung. Die Stimmung der Versammelten war eine durchaus zuverlässige und kampfsüchtige, und die von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur einstweiligen Abwehr der von den Unternehmern angeordneten Aussperrung wurden gutgeheißen. Die Metallarbeiter werden aufgefordert, in allen dem Verbands der Metallindustriellen angehörenden Betrieben überstunden ohne Rücksicht auf die Folgen unbedingt zu verweigern. Ferner werden sie gewarnt, nicht auf längere Kündigungsfristen oder Verträge einzugehen und die Beförderung zu Weisern oder Vorarbeitern jetzt abzulehnen, weil sie dadurch nur an den Betrieb gefesselt werden sollen. Zur Leitung und Durchführung der Bewegung hat sich ein Zentralkomitee der an der Aussperrung eventuell mit beteiligten Gewerkschaften gebildet, dem außer dem Metallarbeiterverband die Verbände der Holzarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Schmiede, Maler und Lackierer, Maschinisten und Heizer, Kupferschmiede und Handlungsgehilfen angehören.

Zu dem Konflikt in der Berliner Metallbranche schreibt die „Berliner Morgenpost“: „Es ist kein Geheimnis, daß die Kriegspartei im Industriellen-Verband einen schmerzlichen Stand hat. Die mittleren und kleinen Firmen wollen einen Vergleich mit den Arbeitern, denn die Aussperrungen würde ihnen ungleich größeren Schaden bringen, als den großen Unternehmern. Ein wochenlanger Kampf würde auch in den Kreisen der Arbeitgeber Eristenzen vernichten, denn die Arbeiter würden die 60prozentige Aussperrung mit dem Generalstreik bei allen Firmen beantworten. Diesen nutzlosen Kampf wird man vermeiden, umsonst als die Arbeiter zu Vergleichsverhandlungen auch jetzt noch bereit sind. Die eigentliche Ursache der vielen Streiks in der Metallindustrie ist in letzter Linie auf die geradezu unverständliche Ablehnung des Tarifprinzips durch die Arbeitgeber zurückzuführen. Auch die Nichtanerkennung der Organisation der Arbeiter, die in Berlin rund 120 000 Mitglieder hat, führt beständig zu neuen Konflikten.“

Die Unfallrenten der Garten-, Park- und Friedhofsarbeiter. Das Arbeitspersonal der Gärtnerei, Park- und Friedhofsbetriebe ist bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gegen Unfall zu versichern. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt nun, daß neben einigen anderen handwerksmäßigen und ähnlichen sachgewerblich ausgebildeten Arbeitern auch die Gärtnerei- und Gärtnergehilfen als Facharbeiter zu behandeln sind. Das hat die Wirkung, daß die Versicherten ihre Unfallrenten nicht nach dem landwirtschaftlichen Jahresdurchschnittsarbeitserdienst berechnet erhalten, sondern nach dem persönlich erzielten höheren Lohn. Da der letztere zumeist jenen Durchschnitt übersteigt, zuweilen gar um das Doppelte, so sind die Facharbeiter in ihrem Rentenbezugsrecht erheblich besser gestellt wie die sogenannten gewöhnlichen Landwirtschafsarbeiter. Das den gewöhnlichen Landwirtschafsarbeitern hier zugesagte Unrecht tritt recht greifbar hervor, wenn man beachtet, daß die Gärtnerei-, Park- und Friedhofsarbeiter fast durchgehend gleiche Löhne erhalten wie die in diesen Betrieben tätigen Gehilfen. Im Bezirke der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der Provinz Brandenburg erhalten zum Beispiel Friedhofsarbeiter 1080 bis 1400 Mk. Jahreslohn; der Jahresdurchschnittsarbeitserdienst aber, der bei der Rentenberechnung zugrunde gelegt wird, ist behördlich auf nur 900 Mk. bis herab zu 500 Mk. (unterbezugsweise) normiert. Die Schädigung dieser Arbeiter ist also ganz enorm. Da die Gärtnerei- und Parkarbeiter ähnliche Lohnsätze haben, wie die Friedhofsarbeiter, ist deren Schädigung die gleiche, ähnlich liegt es aber fast überall. § 923 stellt nun den Berufsgenossenschaften anheim, durch ihre

Sagung den Kreis der Facharbeiter zu erweitern. Hinweisend auf dieses Recht und begründend mit den eben genannten Verhältnissen hat jetzt der Allgemeine deutsche Gärtnerverein an sämtliche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften eine Eingabe gerichtet und das Gesuch gestellt, auch die Garten-, Park- und Friedhofsarbeiter allgemein als Facharbeiter zu erklären; falls dem aber nicht in ganzem Umfange zugestimmt werden sollte, dann doch wenigstens jene mit einzubeziehen, die in Städten und stadähnlichen Verhältnissen arbeiten. Da die Berufsgenossenschaften ausschließlich von den Unternehmern verwaltet werden, darf man gespannt sein, wie das Gesuch aufgenommen werden wird, ob und wo genügend Gerechtigkeitsföhrer vorhanden ist, um dem Vorgetragenem Folge zu geben.

Zur Bewegung im Ruhrrevier. Am Sonntag hatte der Bergarbeiter-Verband wiederum eine größere Anzahl Bergarbeiter-Versammlungen einberufen, die zur Leuerung und zur Lohnfrage Stellung nahmen. Im ganzen fanden 25 Versammlungen statt. Davon beschäftigten sich 14 allein mit oben angegebener Frage, während in den übrigen die Reichsversicherungsordnung und die Knappschaftsverhältnisse besprochen wurden. Außerdem wurde in allen Versammlungen die bevorstehenden Vergewerbeerichtswahlen erörtert. In Dortmund und Gelsenkirchen wurden die größten und zur Verfügung stehenden Säle benutzt. Die Versammlungen waren gut besucht und überall herrschte eine lebhaftige Stimmung. Die Ruhrknappen sahen mehr und mehr ein, daß sie selbst Hand ans Werk legen müssen, um ihre Lebenslage zu verbessern. Die Lebenshaltung wird immer teurer. Die Löhne bleiben hingegen auf der alten Höhe stehen oder werden vielfach noch reduziert. Das Antreibersystem steht in voller Blüte. In neuester Zeit machen die Werkverwaltungen die größten Anstrengungen, um die gelben Streikbrecher-Verbreite zu fördern. Es wird teilweise ein unerhörter Terrorismus ausgeübt, um die Knappen in diese Vereine hinein-zupressen. Die Werkverwaltungen wollen nur willenslose Arbeiter haben. Glücklicherweise läßt sich der Ruhrbergmann nicht alles gefallen. Es ist selbstverständlich, daß in den Versammlungen auch die Beschlässe der britischen Brudervereinigungen mitbesprochen wurden. Überall wurde betont, daß die deutschen Bergleute dafür sorgen müßten, mit 600 000 organisierten Bergleuten aufmarschieren zu können. Wie in Großbritannien, so könnten auch in Deutschland die Werkherren nur durch die Macht der Organisation zum Nachgeben gezwungen werden. Auch die Knappschaftsfrage und die Vergewerbeerichtswahl sind geeignet, die Ruhrbergleute in Erregung zu bringen. Bekanntlich wollen die Werkherren im Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum die Beiträge um einen Pfennig pro Woche ermäßigen, um dann den Witwen und Waisen die reichsgesetzlichen Bezüge aus der Witwen- und Waisenversicherung zur Hälfte auf die knappschaftlichen Leistungen aufzukürzen. Die Arbeiter aller Richtungen lehnen dies Ansuchen der Werkherren ab. Trotzdem die Arbeitervertreter im Vorstand des Knappschafts-Vereins das Ansuchen der Unternehmer einstimmig abgelehnt haben, beharren die Werkvertreter bei ihrer Ansicht. Es wird deshalb wohl um diesen Pfennig zum Konflikt kommen. Die Generalversammlung des Allgemeinen Knappschafts-Vereins, die am 11. Dezember stattfindet, wird ja weiteres ergeben. Die Vergewerbeerichtswahlen und besonders die neue Wahlordnung und Wahlbezirkseinteilung, die vom Oberbergamt erlassen ist, fordert den schärfsten Protest der Bergleute heraus. Früher waren die Wahlbezirke nach Orten und Gemeinden eingeteilt und mußte der Wähler entweder im Wahlbezirk arbeiten oder wohnen. Jetzt sind die Wahlbezirke nach Zechen gegliedert. Der Wähler muß in dem Wahlbezirk arbeiten. Das Resultat ist, daß der Wähler sofort seines Amtes verlustig geht, wenn er seine Arbeitsstelle wechselt. Das hat bei dem immerhin bedeutenden Arbeiterwechsel viel zu sagen. Anscheinend will das Oberbergamt nur werktreue Wähler in Vergewerbeericht haben. In dieser Ansicht wird man noch beharrt, wenn man sieht, daß die Wahlen überall in den Zechenstuben stattfinden. Dort soll dann der berüchtigte Wahlterrorimus unserer rheinisch-westfälischen Werkverwaltungen wirken. Auch die Gelben haben in den Zechenbureaus eine bessere Agitationsstätte als in den öffentlichen Lokalen. Gegen alle diese Maßnahmen richtet sich der Unwille der Bergknappen. Das kommt auch in einer Resolution zum Ausdruck, die gegen diese Maßnahmen protestiert und in der das Oberbergamt aufgefordert wird, Anordnungen zu treffen, damit die Wahlen in öffentlichen Lokalen stattfinden. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbands wird ersucht, eventuell Beschwerde beim Minister zu erheben. Am 6. Dezember, bei den Vergewerbeerichtswahlen, werden die Bergleute hoffentlich den Arbeiterentrechtern die richtige Antwort geben.

Ein neuer Feind der Landarbeiter. Mit Grausen sehen die ostelbischen Großjunker die schönen Zeiten, da man den Landarbeiter schlechter als das Vieh behandeln durfte, entschwinden, die Organisation der deutschen Landarbeiter wächst fortgesetzt erfreulich. Um so trauriger ist es, daß jetzt der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dumckerschischen Gewerkschaften mit einem Aufruf zur Gründung eines Landarbeiterverbandes an die Öffentlichkeit tritt, dem sie folgende Charakterisierung mit auf den Weg gibt: „Die Sozialdemokratie hat bereits Schritte unternommen, die weit verbreitete und tiefgehende Unzufriedenheit der Landarbeiter für ihre Zwecke auszunutzen. Sie hat deshalb eine sogenannte freie Gewerkschaft gegründet, indem sie bei der Agitation sorgfältig deren wahre Ziele verheimlichte. Als wirklich neutrale Organisation ist nunmehr der neue Gewerkschaftsverein erschienen.“ — Ungründliche Freunde sind die schlimmsten Feinde, das werden sich die Landarbeiter merken, wenn der „neutrale“ Gewerkschaftsverein zu ihnen kommt!

Zu der Bergarbeiterbewegung in Großbritannien wird uns noch berichtet, daß die britischen Unternehmer anscheinend im letzten Augenblick eingesehen haben, daß eine so schroffe Ablehnung der Arbeiterforderungen unbedingt einen erbitterten Kampf heraufbeschwören würde. In einer am 10. November stattgefundenen Sitzung des Einigungsamtes der mittel-englischen Distrikte gaben die Unternehmervertreter die Erklärung ab, daß sie die Minimallohne im Prinzip bewilligen würden, jedoch wären sie nicht in der Lage, bindende Abmachungen zu treffen. Die Unternehmervertreter versprachen die Angelegenheit ihren Auftraggebern zu unterbreiten; am 6. Dezember könne dann eine weitere Sitzung des Einigungsamtes stattfinden. Durch dieses Vorgehen der Unternehmervertreter Mittel-Englands war die Konferenz der Bergarbeiter am 14. und 15. November gewissermaßen überumvelt, denn es konnten keine entscheidenden Beschlässe gefaßt werden. Die Vertreter von Süd-Wales, Durham und Nordumberland wollten keine weitere Verzögerung eintreten lassen, sie beantragten, daß die Arbeiter sofort die Kündigung einreichen und den Generalstreik proklamieren sollten. Diese Ansicht bekam auf der Konferenz jedoch nicht die Mehrheit. Es wurde, wie schon berichtet, mit 336 000 gegen 238 000 Stimmen eine Resolution angenommen, nach der die Distriktsführer erneut beauftragt werden, mit den Werkvertretern zu verhandeln. Ferner soll das Exekutivkomitee mit den Unternehmern auf nationaler Grundlage Verhandlungen anbahnen. Da die Unternehmer Mittel-Englands am 6. De-

zember eine entscheidende Antwort geben wollen, so findet am 20. Dezember eine neue Konferenz der britischen Bergleute statt. Erst dann wird über Krieg und Frieden im englischen Bergbau entschieden.

Zwanzig Jahre Ausnahmegesetz.

Wenn es allein nach den Wünschen der Reaktionäre gehen würde, die ja in Deutschland nicht nur in der Qualität, sondern auch in der Quantität nicht allzu bescheiden sind, dann würde dem altersschwachen Reichstage noch rasch ein kleines Ausnahmegesetzchen mit auf den Buckel geladen. Oft genug ist solchen heißhörnlichen allerdings von den Regierungskreisen aus gesagt worden, daß das deutsche „gemeine“ Recht völlig genüge, um die böse Dreiteufelssozialdemokratie im Zaume zu halten, trotzdem kommen mit jedem Tage neue Scharfmacherkünste.

Die Tatsache besteht, daß die deutsche Arbeiterbewegung auch nach dem Falle des Sozialistengesetzes dauernd unter einem geheimen Ausnahmegesetz gestanden hat und dies bis auf den heutigen Tag! Der Kampf gegen die deutsche Regierung, das kraftvolle Vorwärtsschreiten der Streiter gegen den Menschen ausbeutenden und mordenden Kapitalismus hat dauernd hohe Opfer gefordert.

Die Attentatsprozesse von 1878, die unter dem Slogan der Majestätsbeleidigung 600 Jahre Gefängnis brachten, wurden übertröffen durch die Scharfrichterernte des Sozialistengesetzes. Aber 1000 Jahre Gefängnis, 893 Ausweisungen, von denen 504 Verheiratete mit 973 Kindern betroffen wurden, 1299 Druckschriftenverbote, wovon 167 periodische waren, die Inhabierung von 95 Gewerkschaftsorganisationen, 23 Unterstüßungs-, 106 politischen und 108 Vermögensvereine, das war das Resultat der Periode 1878 bis 1890. Dann begann die Periode des gemeinen Rechts, die jetzt die Abrechnung für einen Zeitraum von zwanzig Jahren zuläßt. Es ergibt sich dabei die folgende Liste an „Abwehrmitteln“ und „Besserungsversuchen“ gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung:

Im Dienste der deutschen Arbeiterbewegung tätige Personen erlitten:

Jahre	Gefängnis			
	Jahre	Monate	Wochen	Tage
1890—1891	87	6	4	—
1891—1892	80	2	4	2
1892—1893	63	7	3	5
1893—1894	58	8	—	6
1894—1895	64	10	—	1
1895—1896	84	8	1	1
1896—1897	118	8	—	3
1897—1898	54	7	1	3
1898—1899	74	1	—	—
1899—1900	64	7	3	2
1900—1901	32	11	11	2
1901—1902	43	8	—	—
1902—1903	36	5	6	—
1903—1904	43	2	—	—
1904—1905	65	7	2	—
1905—1906	66	1	4	—
1906—1907	33	10	2	—
1907—1908	18	8	—	4
1908—1909	27	10	—	2
1909—1910	36	10	1	1
1910—1911	26	1	2	4

In 20 Jahren	1189 Jahre 2 Monate 1 Woche 6 Tage			Zuchthaus	Geldstrafe
	Jahre	Monate	Wochen		
1890—1891	—	—	—	—	18 262
1891—1892	36	10	—	—	20 532
1892—1893	23	1	—	—	31 937
1893—1894	—	—	—	—	43 747
1894—1895	18	6	—	—	34 120
1895—1896	—	—	—	—	31 773
1896—1897	—	—	—	—	28 229
1897—1898	—	—	—	—	19 948
1898—1899	—	—	—	—	23 251
1899—1900	6	8	—	—	18 417
1900—1901	2	—	—	—	26 900
1901—1902	3	—	—	—	17 659
1902—1903	14	—	—	—	16 707
1903—1904	—	—	—	—	21 532
1904—1905	2	3	—	—	15 400
1905—1906	2	4	—	—	24 861
1906—1907	2	6	—	—	30 600
1907—1908	1	6	Festung	—	33 446
1908—1909	—	—	—	—	28 450
1909—1910	—	—	—	—	30 524
1910—1911	—	—	—	—	32 609

110 Jahre 4 Monate 546 934 Mark

In zwei Jahrzehnten haben Hunderte von Genossen und Genossinnen bei dem Dienste um die Freiheit im Kampfe jeglicher Art insgesamt 1801 Jahre, 1 Woche und 6 Tage Freiheitsstrafe und über eine halbe Million Mark Geldstrafe verhängt erhalten. Ist deswegen die Arbeiterbewegung getötet worden? Nein, und dreimal nein, so wird sie nie zu vernichten sein!

Soziales.

Die billigen Kartoffeln. Wie es mit den sogenannten „billigen Kartoffeln“ bestellt ist, haben auch viele Beamtenfamilien in Dortmund und an anderen Orten des Industriebezirks erfahren müssen. Ihnen war gesagt worden, es werde für gute und billige Kartoffeln Sorge getragen. Darauf machten Beamtenvereinigungen umfangreiche Bestellungen. Allein auf den Dortmunder Bezirk entfielen 115 Doppelwagen. Der Zentner sollte 8,60 Mk. kosten. Es dauerte aber lange, ehe die Kartoffeln eintrafen. Und als sie endlich anlangten, hatte man die Beschaffung. Bei 30 Doppelwagen wurde sofort die Annahme verweigert, weil die Kartoffeln absolut ungenießbar waren. Schlaue Händler hatten sich zusammengesucht, hatten das schlechteste Zeug aus dem Ausland beschafft, um damit den hungrigen Westen zu versorgen. Meistens waren es russische Kartoffeln, nur tauglich als Schweinefutter. Leute, die mit dieser Ware ihre Keller schon gefüllt haben, holten sie wieder heraus und stellten sie den Lieferanten zur Verfügung. Diese Kartoffeln werden nun von Gerichtsvollziehern öffentlich versteigert. Die Beamten des Industriebezirks waren mit etwa 400 Doppelwagen dieser famosen Kartoffeln beglückt worden.

Der Verbrauch von Seefischen. Der Fisch erlangt in der Volksernährung eine immer größer werdende Bedeutung. Die Fluß- und Seefische sind in ihrer großen Menge allerdings viel zu teuer, um für die Volksernährung in großem Umfange in Betracht zu kommen. Es ist deshalb bei den hohen Fleischpreisen das Augenmerk darauf gerichtet worden, Seefische in guter Beschaffenheit zu mäßigen Preisen möglichst weit ins Binnenland hineinzubefördern. Durch eine Reihe technischer Einrichtungen ist dieser Vertrieb sehr gefördert worden. So wurden in den Pöfen Eisbänne errichtet, die Beförderung der Fische durch schnell fahrende Büge in

besonderen Wagen usw. In Berlin kamen 1885 auf den Kopf der Bevölkerung 10 Pfd. an verzehrtem Fleisch, gegenwärtig 94 Pfd. In Magdeburg, Köln, Stettin werden zwischen 80 und 86 Pfd. verbraucht. Im Auslande wird der Fleisch noch größeren Mengen konsumiert. In London wurden 1885 auf den Kopf der Bevölkerung 67 Pfd. Fleisch verzehrt, eine ebenso große Menge wie in Deutschland. Gegenwärtig ist der Verbrauch auf 170 Pfd. angewachsen, erheblich mehr als der an Rindfleisch. In Paris rechnet man einen Verbrauch an Seefischen von 168 Pfd. pro Kopf und Jahr.

Die Gesetzeskenntnis organisierter Arbeiter rühmte der badische Oberamtmann Schrenbach auf dem Gaultag der Einzelgänger Gewerbe- und Handwerkervereinigungen in Wolfach. Er wies darauf hin, daß die Handwerker auf dem Gebiete der Handwerker-Gesetzgebung und der Arbeiter-Verpflichtung weder die ihnen auferlegten Pflichten noch die eingeräumten Rechte kennen, und fuhr dann fort: „Wenn organisierte Arbeiter auf mein Bureau kommen, entwerfen sie die Verträge meist glatt; die meisten Arbeiter wissen, was sie wollen und kennen die einschlägigen Paragraphen der ihre Interessen berührenden Gesetze so genau, daß ich schon oft darüber erstaunt war. — Bei den Handwerkern ist dies leider nicht der Fall; sie tapen oft im Dunkeln, obwohl ihnen alle fachlichen Organe und sonstigen Einrichtungen der Handwerkskammern zur Seite stehen.“ Den mit dem Arbeiterleben Vertrauten sagt dieses Urteil nichts Neues; wird es aber von der anderen Seite ausgeprochen — die Verwaltungstätigkeit eines badischen Oberamtmanns rangiert auf der gleichen Stufe, wie sie des preussischen Landesrats — dann ist es immerhin des Registrierens wert.

Reichsheilf für Kleinwohnungsbaue. In der Generalversammlung des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungsbaue in Düsseldorf erklärte der anwesende Vertreter des Reichsamtes des Innern, daß im Reichsetat für 1912 eine Erhöhung des Betrages zur Förderung des Baues kleiner Wohnungen von 2 auf 4 Millionen Mark vorgenommen werden soll.

Der deutsche Arbeitsmarkt stellte sich nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ im Monat Oktober ungünstiger, als erwartet wurde. Bei den an den Arbeitsmarkt berichtenden Nachweisen stellte sich die Zahl der Arbeitsuchenden im Oktober 1910 auf 168 267, im Oktober des laufenden Jahres aber auf 190 962. Das ist ein Mehr von 32 695 Arbeitsuchenden oder von 12,5 Proz.

Kommunales.

Ein Sieg. In Zittau wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat ins Stadtratskollegium gewählt.

Kommunalwahltag. Die Gemeinderatswahlen in München endeten mit einem glänzenden Ergebnis für die Sozialdemokratie. Es wurden abgegeben für die sozialdemokratische Liste 13 756, für die Liste der Hausbesitzer 2602, für die Liberalen 10 242, für die des Zentrums 7753 und für die Liste der Antikemiten 928 Stimmen. — Nach den vorläufigen Berechnungen erhalten Sitze: Die Sozialdemokraten 8, die Liberalen 6, das Zentrum 4 und die Hausbesitzer 1. Der übrige verbleibende Sitz fällt entweder den Antikemiten oder dem Zentrum zu. Die Stimmen der Sozialdemokraten steigerten sich seit der letzten Wahl um rund 5000. Das ist ein Zuwachs von 57 Prozent.

Wirksame Bekämpfung des landwirtschaftlichen Notstands.

Von Karl Kautsky.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir entnehmen die folgenden Ausführungen mit Genehmigung des Verlags der demnächst in zweiter umgearbeiteter Auflage erscheinenden Schrift von K. Kautsky: „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ (Verlag: Buchhandlung Vorwärts). Da Genosse Kautsky von den agrarischen Gegnern stets als entschiedener „Feind der Landwirtschaft“ hingestellt wird, ist es besonders interessant, seine wirklichen Meinungen über dieses Thema kennen zu lernen.

Die Sozialdemokratie, die Erbin der heutigen Gesellschaft, hat alle Ursache, wo sie kann, einem Verfall der Landwirtschaft entgegenzuwirken; denn die Ernährung des Volkes durch von außen gekaufte statt durch selbst produzierte Lebensmittel, die Arbeitsteilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat ist ein Zustand, der nicht andauern kann und nicht dauern wird.

Auf der andern Seite fällt es uns auch nicht ein, zu leugnen, daß sich die Landwirtschaft heute in einer gewissen Notlage befindet. Aber das ist eine Notlage ganz anderer Art als jene, die zur Einführung der Agrarzölle in Deutschland die Veranlassung gab. . . . Stand diese Notlage ehe- dem im Zusammenhang mit dem Sinken der Preise landwirtschaftlicher Produkte, so kann jetzt im Zeitalter der Feuerung nicht mehr die Rede davon sein. Und waren die Agrarzölle damals schon ein für den Produzenten unzureichendes, für den Konsumenten und die Gesamtheit der Gesellschaft aufs höchste schädliches Mittel gegen jene Notlage, so haben sie für das, was heute als landwirtschaftlicher Notstand auftritt, jede Bedeutung verloren.

Wir haben gesehen, daß eine seiner Ursachen in den hohen Bodenpreisen liegt, die durch die Agrarzölle sehr gefördert und durch deren übermäßige Erweiterung und Erhöhung noch mehr in die Höhe getrieben wurden, zur Freude aller Güterbesitzer und Güterhändler und zur steigenden Belastung der Volksmasse und aller jener Mitglieder der Landwirtschaft, die von der Arbeit ihrer Hände und nicht von der Ausbeutung ihrer Mitmenschen leben.

Dieses Übel wird nicht durch Agrarzölle beseitigt, sondern nur durch die Ablösung des Privateigentums an Boden durch die Gesellschaft, durch die Aufhebung der Sklaverei des Zinses für Kapitalien und Hypotheken. Wir haben gesehen, daß dabei die wirklichen Produzenten ebenso gewinnen wie die Konsumenten, oder besser gesagt, daß die Volksmasse dabei sowohl in ihrer Eigenschaft als Produzent wie als Konsument, also doppelt gewinnt. Die Sozialdemokratie ist heute die einzige Partei, die sich dieses Ziel setzt.

Neben den hohen Bodenpreisen haben wir noch eine zweite, mächtige Ursache kennen gelernt, die der Entwicklung der Landwirtschaft immer größere Hindernisse in den Weg legt: es ist die wachsende Leerenot, die Abwanderung von der Landwirtschaft zur Industrie. Ihr kann nur gesteuert werden, wenn man die letzte Ursache jener Landflucht aufhebt, die Trennung von Industrie und Landwirtschaft, das heißt, wenn die Industrie wieder aufs feste Land verlegt wird und die Industriearbeiter gleichzeitig Landarbeiter werden und umgekehrt. . . . Nur eine sozialistische Gesellschaft, in der die Produktionsmittel das Eigentum der Arbeiterklasse sind, vorweg die Verbindung von Industrie und Landwirtschaft in Form zu vollziehen, in der sie den bisherigen industriellen Arbeitern ansehnlicher erscheint als die einseitige industrielle Arbeit. Nur eine solche Gesellschaft vermag der Landwirtschaft die Arbeitskräfte, deren sie bedarf, in größter Zahl zuzuführen, sie dadurch zu ihren höchsten Leistungen zu befähigen und damit allem landwirtschaftlichen Notstand für immer ein Ende zu machen.

Indessen will die Sozialdemokratie nicht bis zu dem Zeitpunkt warten, wo sie die Macht erlangt hat, alle diese Änderungen durchzuführen, um der Landwirtschaft zu helfen. Wenn sie die Agrarzölle ablehnt, so ist sie doch stets zu wirtschaftlichen Reformen bereit, um schon heute die Lebenslage aller, die von ihrer Arbeit leben, nicht bloß in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft zu verbessern und die Produktivität der Landwirtschaft, die der Volksmasse ihr tägliches Brot liefert, durch staatliche Eingriffe zu heben.

Das Proletariat würde nichts verlieren wenn dazu dieselbe Summe aufgewendet würde, die ihm heute schon etwa durch die Getreidezölle abgezöpft wird.

Ein Getreidezoll von 5 Mk., ganz abgesehen von den anderen Agrarzölle, stellt bereits eine Steuer auf die Bevölkerung des Deutschen Reiches von mehr als einer halben Milliarde Mark (etwa 650 Millionen) im Jahre dar. Daß diese Summe jahraus, jahrein zur Hebung der Landbevölkerung ausgegeben würde, dagegen hätten wir nichts einzuwenden. Aber wir müssen uns dagegen erklären, daß dies durch den Zoll geschieht; einmal, weil dieser eine Kopfsteuer darstellt, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja die Ärmern eher noch mehr als die Reichen, weil sie mehr Brot, weniger Fleisch essen, dann aber, weil die so aufgebrachte Summe, wie wir gesehen haben, auf die Dauer nicht der bedrängten Landwirtschaft zugute kommt, sondern den Hypothekengläubigern, Güterbesitzern und Fideikommissbesitzern, den reichsten und überflüssigsten Teilen der Nation.

Wir hätten aber nichts dagegen, daß die 600 Millionen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht und zum Vorteil der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft verwendet werden, etwa zur Übernahme der Schulden auf den Staat, zum Bau von Schulen, zur Vermehrung der Lehrer, Ausdehnung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, zum Bau von Arbeiterhäusern, die den Landarbeitern menschenwürdige Wohnungen böten, in denen sie frei bleiben von jeder Unternehmerwillkür, zum Ausbau eines ausreichenden Netzes von Kleinbahnen, Straßen und Wegen, zur Verstaatlichung und Verbesserung der Armenpflege und des Heilwesens, zur Betreibung einer rationellen Wasserwirtschaft, welche die Gefahren von Hochfluten beseitigt und Bewässerungsanlagen sowie Wasserkraftwerke schafft, wenn die Mittel noch reichen, zur Erwerbung einzelner Güter bankrotter Junker, und zu ihrer Umwandlung in Musterwirtschaften — Musterwirtschaften nicht bloß im technischen, sondern auch in sozialer Beziehung.

Verbündet man damit noch die Beseitigung des Militarismus, der der Landwirtschaft im Jahre soviel Arbeitskräfte entzieht, die Expropriation der Kohlengruben, um dem gesamten Volk, also auch den Landwirten, billiges Feuerungsmaterial zur Verfügung zu stellen — wozu die Aufhebung der Finanzzölle und der Eisenzölle zu gesellen wäre — so würde damit die Verminderung der Produktionskosten der deutschen Landwirtschaft und die Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem heimischen Markt, ja auf dem Weltmarkt, und gleichzeitig die geistige und physische Hebung der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung ungemein gefördert werden.

Das ist die Staatshilfe für die Landwirtschaft, die wir den Agrarzölle entgegensetzen. . . .

Der Freihandel? In der kapitalistischen Produktionsweise ist für die Sozialdemokraten nicht der Himmel auf Erden, aber er ist ihr für Industrieländer wie Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten, England, gegenüber dem Schutzoll das kleinere Übel. Sie muß daher für ihn stimmen, wie sie dort, wo sie zu wählen hat zwischen einem konservativen und einem bürgerlich-demokratischen Kandidaten, für den letzteren stimmen muß, ohne irgendwelche Illusionen über die bürgerliche Demokratie zu hegen.

Ist aber der Sozialdemokratie ihr Ziel in der Handelspolitik klar vorgezeichnet, so ist damit noch nicht der Weg gegeben, auf dem sie ihr Ziel anzustreben hat. Der Schutzoll ist sehr leicht eingeführt, aber nicht so leicht wieder abgeschafft, wenn er sich einmal eingewurzelt hat und das ganze wirtschaftliche Getriebe auf ihn zugeschnitten ist. Nirgends gab es eine energischer und rücksichtsloserer Freihandelspartei als in England; 1842 begann die Abbröckelung des Schutzollens, 1846 kam seine entscheidende Niederlage, aber erst 1860 fielen die letzten, bedeutenden Schutzölle; es blieb dann noch eine Anzahl kleinerer, die erst später verschwinden sind, so daß England heute nur noch Finanzzölle kennt.

Wie entschließen man demnach die Aufhebung des Schutzollens anzugehen mag, so kann es sich doch dabei von vornherein nicht darum handeln, mit einem Ruck sämtliche Zölle aufzuheben, sondern nur darum, die Zollschranken allmählich abzutragen, wobei aber Notstände sehr wohl dabei führen können, einzelne, besonders drückende Zölle, namentlich auf Lebensmittel, dauernd, oder vorübergehend völlig außer Kraft zu setzen.

Aus dem Gerichtssaal.

Für die Reichsverbandsliste. Die Strafkammer in Dortmund verurteilte den früheren Inhaber der Niederdeutschen Bank Ohm wegen Vergehens gegen das Depotgesetz, Urkundenfälschung und Untreue zu acht Monaten Gefängnis und 2100 Mk. Geldstrafe, und die Prokuristen Schmitt und Venner wegen Beihilfe zu vier Monaten bzw. einem Monat Gefängnis.

Verurteilter Kurpfuscher. Das Landgericht Augsburg verurteilte den 63 Jahre alten ehemaligen Stallschweizer Sebastian Frühholz wegen Kurpfuscherei zu drei Jahren Zuchthaus und 2100 Mk. Geldstrafe bzw. weiteren 140 Tagen Zuchthaus. Der alte Sünder, der vorzugsweise durch „Sympthiemittel“ Menschen und Tiere heilen zu können, reiste in Südbayern als „Heilkundiger Schächer von Waal“ umher und betrog meist arme Leute um ihre teuer verdienten Spargroschen. Seine besondere „Spezialität“ machte die Heilung von „Frauenkrankheiten“ aus, wobei er unter Streichen des Kopfes und Körpers seiner „Patienten“ unverständliche Gebete murmelte. Meistens sind hierauf arme Dienstmädchen und Landleute hereingefallen.

Aus Nah und Fern.

Verzweiflungstat. Der Tischler Schoepe in der Rüdersdorferstraße in Berlin hat seine schlafende Ehefrau und dann sich selbst erschossen. Die Ehefrau hatte im vorigen Jahre wegen Verfolgungswahnsinn eine Irrenanstalt aufsuchen müssen. Später war sie geheilt zu ihrem Manne zurückgeführt. Als sich der Geisteszustand der Frau jetzt wieder so verschlechterte, daß ihre abermalige Unterbringung in einer Anstalt notwendig wurde, zog der Ehemann den gemeinsamen Tod einer nochmaligen Trennung vor.

Schwere Bananenfälle. Auf dem Detmold benachbarten Gute Bislinghausen ereignete sich ein schweres

*) Diese hier unmittelbar anschließenden Ausführungen stammen aus einem weiteren Kapitel, in dem der „Weg zum Freihandel“ dargestellt wird.

Bauunglück. Ein für die Zementfabrikation bestimmtes Neubaufürzte ein und begrub die zahlreiche Arbeiterstaffel unter seinen Trümmern. Dieser hat man einen Toten und zehn Schwerververletzte geborgen. — Nähere Einzelheiten fehlen noch. — In Eisenfeld stürzte beim Neubau des Schlosses „Bergfels“ eine Betondecke ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Einer war sofort tot, zwei andere wurden lebensgefährlich verletzt.

Der Menschengeist raftet nie. Der Leipziger Arzt Mehnarto, ein Mitarbeiter Robert Kochs, ist von einer Studienreise zur Untersuchung der Schlafkrankheit auf den Inseln des Victoria-Njansa vom Kongo zurückgekehrt. Dr. Mehnarto hat ein verlässliches Mittel gegen alle Trypanosomakrankheiten entdeckt und diese selbst erprobt, nachdem er sich die Schlafkrankheit eingekimpft hatte, die eine sechsstägige Bewußtlosigkeit verursachte. Die Entdeckung macht ein ungeheures Aufsehen.

Katastrophe in einem Stollschacht. Auf der im Abbau befindlichen kassischen Kaligrube Klein-Wodungen bei Nordhausen ereignete sich Dienstagmorgen gegen 9 Uhr, als eine Drittmannschaft, die aus ungefähr 15 bis 17 Arbeitern besteht, einführte, ein schweres Grubenunglück. Infolge eines zu früh losgegangenen Sprengschusses wurde die ganze Mannschaft durch herabfallende Gesteinsmassen verflüchtigt. Bei den sofort in Angriff genommenen Rettungsarbeiten konnten nur vier Mann lebend geborgen werden. Im weiteren Verlauf gestalteten sich die Rettungsarbeiten immer schwieriger und die Hoffnung, die Bergleute noch lebend retten zu können, wurde immer geringer. Bis mittags sind elf Leichen und mehrere Schwerververletzte zu Tage gefördert worden. Die Bergungsglücken stammten zumeist aus Klein-Wodungen, Groß-Wodungen und Rehenst. — Über die Katastrophe wird noch folgendes bekannt: Gestern früh 6 Uhr fuhr der Steiger Jenisch mit 15 Mann in den Schacht ein und legte etwa 20 bis 30 Meter tiefe Bohrlöcher auf der Schachtlohe an, die mit Dynamit geladen und durch elektrische Anzündung zur Explosion gebracht werden sollten. Um 9 Uhr waren die Arbeiten so weit gefördert, daß mit den Vorbereitungen zum Sprengen begonnen werden konnte. Da die im Schacht befindliche kleine elektrische Lampe, die dem Steiger durch ihr Glühen anzeigte, daß die Leitung im Gange ist, nicht brannte, nahm der Steiger an, er hätte die Leitung selbst abgestellt und schaltete die Zünder der Sprengschüsse ein. Als er einem Bergmann den Auftrag gab, Starkstrom zu befehlen und diesen einschaltete, erfolgte die Explosion. Die Wirkung war furchtbar. Durch die Explosion wurden die Bergleute, die zwischen den Bohrlöchern standen, buchstäblich in Stücke gerissen, nur einer wurde lebend, aber in schwer verletztem Zustand, zutage gebracht, daß er in anderthalb Stunden starb. Die Nachricht von dem Unglück verbreitete sich mit Blitzesschnelle in der Umgegend, und die Angehörigen der Bergleute sammelten sich wehklagend vor dem Verwaltungsgebäude. Die zutage geförderten Überreste der toten Bergleute wiesen entsetzliche Verformungen auf. Die Bergbehörde und die Staatsanwaltschaft haben sofort eine Untersuchung verflüchtigt, aber den Betrieb am Nachmittag wieder freigegeben.

Aus „besseren“ Kreisen. Mehrere Verhaftungen in Kölner Handelskreisen erregen Aufsehen. Der Großkaufmann Licht wurde wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet. Er hatte einen Jahresumsatz von über einer Million. In der Konkursmasse wurde nichts vorgefunden. Der Kaufmann Graf wurde wegen Beihilfe festgenommen.

Zwei Mädchenhändler haben dieser Tage in Treptow a. d. Rega ihr schmackvolles Gewerbe versucht und drei junge Mädchen als Kaffeeverköhler nach auswärts ge- worden. In Stettin sollten sie Samtkleider erhalten und seine Schuhe. Als einer der beiden Männer verhaftet werden sollte, ergriffen beide die Flucht. Es gelang jedoch, einen zu verhaften.

Zufammengestürzter Schuppen. Aus Schaffhausen wird gemeldet: Ein Schuppen der Bauanlage der Maschinenfabrik Rauschenbach Aktiengesellschaft ist am Montag infolge eines Windstoßes zusammengefallen, wobei fünfzehn Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. Getötet wurde niemand.

Hohe Tat. Wie aus Landsberg a. d. Warthe berichtet wird, wurde auf der Chaussee zwischen Braeg und Durrlettel, Kreis Meseritz, der Landwirt Pöhlke, der mit einem Fahrrad einen unbeleuchteten Wagen anfuhr, von den beiden Insassen desselben durch Messerstiche derartig zugerichtet, daß er bald darauf starb.

Literarisches.

Singegangene Schriften und Bücher.

„Sozialistische Monatshefte“, Heft 21.
„Die Reichsversicherungsordnung“, erläutert vom Reichstagsabgeordneten Gen. Pösch, ist in 2. Auflage erschienen. Das Buch kostet in Leinen kleins gebunden 5 Mk. Bestellungen nehmen alle Parteilbuchhandlungen und der Verlag C. Siebel — Volkstümliche Zeitschrift für praktische Arb.-Verf. — Berlin NO. 43, entgegen.

J. Karsti. Teuerung, Warenwucher und Klassenkaat. Agitationsausgabe. Preis 10 Pfg. Inhalts-Angabe: Die Versorgung der Menschen mit Nahrung und die kapitalistische Anarchie. — Die künstliche Preissteigerung. — Das Steigen der Warenpreise in Deutschland. — Die Mißerte und die Teuerung. — Der Kampf gegen die Teuerung. Das Schriftchen bringt in knapper Darstellung und leichtfaßlicher Art eine Fülle des Wissenswerten. Für jeden Reichstagswähler ist es ein überzeugender Mahnruf zur Aufhebung und zum Kampf gegen die Mißstände unseres kapitalistischen Zeitalters. Für jeden Redner und für jeden, der Wahlarbeit leistet, ist es ein unentbehrliches Handbuch. Allen Laien und Gleichgültigen müßte dieses Büchlein in die Hand gedrückt werden. Es ist bei aller Sachlichkeit doch so lebendig und packend geschrieben, daß es sicher niemand ungelesen beiseite legen wird.

Soeben ist im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: Das großindustrielle Beamtentum. Eine gewerkschaftliche Studie von Richard Woldt. 17. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 118 Seiten. Preis broschiert 75 Pfg., gebunden 1 Mk. Vereinskpreis 50 Pfg. Der Verfasser behandelt die großindustrielle Angestelltenbewegung vorwiegend als industrielles Organisationsproblem. „Es kam mir darauf an“, führt der Autor in dem Vorwort aus, „die Stellung des Industriebeamten zum Betrieb, zum Arbeiter und zum Unternehmer aus der Struktur der großindustriellen Arbeitsorganisation heraus verständlich zu machen. So sind denn auch die Organisationsfragen verhältnismäßig breit angelegt, um die Probleme herauszuarbeiten, die speziell den Arbeitergewerkschafter an der ganzen Industriebeamtenbewegung interessieren.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarcz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.